

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Verkaufsstellen, sowie durch die  
Postämter zu beziehen.  
Preis Vierteljahrsheft 2.50,  
das Heft 20 Pf.  
Durch die Post bezogen 2.75,  
frei ins Haus 2.90,  
bei Abnahme von 100 Exempl.  
2.00.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Redaktion: 15. Wittenberg  
Kasselerstr. 15. Wittenberg  
Kasselerstr. 15. Wittenberg  
Kasselerstr. 15. Wittenberg

Telephon  
Hauptkass. 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 136.

Breslau, Montag, den 15. Juni 1914.

25. Jahrgang.

## Kriegsgrenel.

Die Teilnehmer des beiden Balkankriege haben einander die schmerzlichen Ausschreitungen vorgeworfen. Um eine unparteiische Feststellung zu erhalten, hat die Carnegie-Stiftung eine Untersuchungskommission auf den Balkanhalbinsel entsandt, deren Bericht im Auszug vom „Matin“ mitgeteilt wird. Darin sind manche der von den Kriegführenden selbst gegen ihre Feinde erhobenen Anschuldigungen auf ein beachtenswertes Maß zurückgeführt, in dem aber ergibt sich ein fürchterliches Bild entsetzlicher Grausamkeiten, an denen sämtliche Kriegführende, Christen wie Muselmanen, beteiligt sind. Diese Kriege, namentlich aber der zweite, zwischen den vorher verbündeten Christenstaaten geführt, sind von Vorkriegszeiten begleitet gewesen, die nach dem Ausdruck der Kommission an die Zeiten der assyrischen Eroberungen erinnern: planmäßige Ausrottung der Bewohner anderer Nationalität, Mißhandlung der Gefangenen, Mordtaten, Plünderung, Brandstiftung, namentlich in großer Menge Vergewaltigung von Frauen und Mädchen, selbst verurteilten und sterbenden. Der Bericht bringt dafür ein Fülle von Tatsachen und Dokumenten bei.

Nach für die Verantwortlichkeit der Regierungen liefert der Bericht reiches Material. Wenn auch keine direkten Aufstellungen zu Mordtaten, die naturgemäß streng geheim sein mußten, nachzuweisen waren, so ist doch die Mitschuld der Behörden in einer Reihe von Fällen, z. B. der bulgarischen bei den Tötungen in Serres, der türkischen bei den Gewalttaten der nach Thrazien zurückkehrenden türkischen Truppen, der serbischen bei den erzwungenen Uebertritten der Bulgaren in Mazedonien und der geschäftlichen bei der Abschichtung der Bulgaren und den Mordbrennerien im zweiten Kriege festgestellt. Kein Staat hat sich an die anerkannten Grundsätze des modernen Kriegesrechts, das vor allem die Schonung der nichtkämpfenden Bevölkerung auspricht, gehalten.

Es gibt keine Vorschrift des internationalen Rechts hinsichtlich der Kriegführung und der Behandlung der Gefangenen, die nicht von sämtlichen Kriegführenden verletzt worden ist.

Natürlich hatte sie alle die entsprechenden Verträge unterschrieben. Verwundete und Gefangene wurden in Masse getötet. Andere wurden im Stich gelassen und dem Hungertode preisgegeben. In mehreren Fällen wurde die Verwendung explosiver Handfeuergeschosse bei Bulgaren und Griechen festgestellt. Vorkantontschlagungen wurden verübt, Umbräunungen und Hospitaler, die unter dem Schutze des Roten Kreuzes stehen, angegriffen.

Eine spezielle Ergänzung ergaben diese Feststellungen durch ein von serbischer Seite, von 18 hervorragenden Gelehrten und Staatsmännern herausgegebenes Buch mit dem Titel: „Die bulgarischen Greuel.“ Ein Aufruf an die zivilisierte Welt.“ Die Regierung hatte eine Kommission von Gelehrten, einen Deutschen, einen Norweger und zwei Franzosen, mit einem Photographen abgesandt, die eine authentische Feststellung der bulgarischen Kriegstaten gegen wehrlose Sachen und wehrlose Menschen vornahmen. Man kann daraus mit Entsetzen erkennen, wessen die ihrer Äußerung bewachte, aller sittlichen Hemmungen entblößte Menschennatur fähig ist. Schon der Auszug des Berichts, den Stephane Bagnanne im „Peuple“ mitteilt, genügt, um die Schuldigen mit ewiger Schande zu bedecken und unauflösliches Grauen vor den erzieherischen Wirkungen des „Stahlbades der Völker“, des Krieges, zu erwecken.

Hat man die Menschen nicht geschont, so verzielen die Sachen natürlich erst recht der Vernichtung. Ganze Städte von Haus zu Haus niedergehauen, alles Mobiliar bis auf kleinste zertrümmert, Papiere zerissen, eine Apotheke bis zur letzten Flasche zerstört, alle Wäsche zerissen und Leinwand — so sah das Land aus, das nicht wilde Heiden, das gutgläubige Christen, die unsere bürgerliche Presse zur Zeit ihrer Siege als Träger des Fortschritts auf der Balkanhalbinsel gefeiert hatten, ihren christlichen Brüdern, den Verbündeten von gestern, zuwidersehen. Aber all diese Untaten an totem Mobiliar, so kennzeichnend sie sind für den Geist der Verwüstung und tiefen Bösheit ihrer Urheber, verblissen vor den Verbrechen, die an Menschen verübt wurden. Verwundete wurden nach der Schlacht abgeschlachtet und verstreut, Gefangene vor dem Tode zugeworfen. Die Tatsachen sind unzweifelhaft festgestellt, die genauen Namen der Opfer aufgelistet. So heißt es:

Majorleutnant Mos Nikolowitsch, Sergeant Milanowitsch, Korporal Stephan Peshitsch, Gemeine Dimitrowitsch, Georgewitsch, Mikowitsch, alle im 2. Infanterie-Regiment, auf dem Schlachtfeld von Kragujevac am Punkt 650 gefangen: Nase und Ohren abgeschritten, die Augen ausgehöhelt, der Körper von Bajonettschüssen durchbohrt.

In jedem Falle wurden unbeteiligte Zeugen zugeworfen, mitunter fremde Konsuln. So heißt es in einem Protokoll:

Weslib, 30. Juni 1913. Der russische und der französische Konsul besuchten das Spital, um mit eigenen Augen die an unseren Soldaten verübten bulgarischen Greuel zu sehen. Die Soldaten befanden sich bei den Vorposten von Pregelitska, wo sie verhandelt wurden. In die Hände der Bulgaren gefallen, wurden sie verstümmelt. Der russische Konsul sprach mit jedem. Vorpostal Saba Woldanowitsch erzählte: Ich wurde gebunden. Nachher wurde ich über Stellungen und Stärke meines Heeres ausgefragt. Um mich zum Tode zu zwingen, schnitten sie mir ein Ohr ab. Ich rief: „Töte mich! Ich weis nichts!“ Ich sagte ihnen, daß ich vor Adrianopol für sie gekämpft habe, aber es half nichts!

Turbekoff Nowitsch von der Militärtruppenabteilung wurde der Kopf mit Messern geschnitten, die Nase abgeschritten. Majorleutnant Stojanowitsch erhielt drei Bajonettschüsse in die Seiten, ein Schenkel und mehrere Rippen wurden ihm gebrochen und ein schwerer Gewehrschlag auf die Brust verübt. Beide sind noch am Leben. Ein Soldat erzählt, man habe ihm ein Gewehr gegeben und ihn durch Schläge gezwungen, auf die Serben zu schießen. Als er in die Luft schoß, schlug ihn wieder ein Offizier. Dann zwang man ihn, vor der Front zu stehen, während die Bulgaren hinter ihm lagen, damit er von Serben erschossen werde. Er blieb jedoch am Leben.

Noch fürchterlicher war der Schicksal der Frauen, der unglücklichen Opfer barbarischer Kriegsführung. Der russische Konsul, der die Stadt Kragujevac besucht hatte, sagte vor der Kommission aus:

Die Bulgaren durchstreiften die Dörfer auf der Suche nach Weib. Sie verewaltigten alle Frauen, die sie fanden, ohne jede Rücksicht auf das Alter. Zum Beispiel wurden in Kragujevac 7 Frauen geschändet, davon 2 von 16 Jahren, in Wana 9, darunter eine Schwangere, in Stalina 6, darunter ein Mädchen von 13 Jahren.

Andere Fälle werden mit Namen angeführt: ein Mädchen von 12 Jahren, sogar ein Kind von drei Monaten, das unter den Augen der Mutter von drei Soldaten mißbraucht wurde; ja eine geschändete Frau von 90 Jahren in Gegenwart ihres Sohnes von zwei Soldaten! Alle diese Fälle tragen die Unterschrift der internationalen Untersuchungskommission.

Es ist schon aus anderen Feststellungen bekannt, daß die Bulgaren sowohl den Türken als ihren früheren Verbündeten gegenüber am schlimmsten gehandelt haben. Aber es wäre weit gefehlt, wollte man die anderen nur als Opfer ansehen. Vielmehr in geringerem Maße und Grade, aber noch über- und übermäßig haben auch die sich Kriegsgrenel zuschulden kommen lassen. So sind die fürchterlichen, wenngleich von österreichischer Seite übertriebenen Vergeltungsmaßnahmen der Serben gegen die Albaner ebenso festgestellt, wie die Verbrechen von jedem gegen jeden anderen im Laufe dieses schrecklichsten aller Kriege verübten Schandtat. Jedes einzelne Schuldkonto ist so fürchterlich belastet, daß die Ueberbepfung der Untaten durch die Bulgaren die anderen, selbst wenn ein Teil ihrer Ausschreitungen (wie wohl auch gegen die Albaner) auf Vergeltungsmaßnahmen beruhen mag, nicht entlastet.

Also Schande über die Balkanvölker! Gemacht! Und die Amerikaner auf den Philippinen? Die Franzosen in Tonkin und jetzt in Marokko? Die abgeschrittenen Hände der Untertanen des Königs Leopold von Belgien? Die Hunnen in Nord-, Plünderung und Schändung in China? Wer von ihnen darf den Stein aufheben und sich besser dünken, als jene? Nicht Schande über diesen und jenen: Schande über das System der Eroberung, des Massenmordes, des Krieges, der Massenplünderung, die Kolonialpolitik genannt wird. Schande über das System des Kapitalismus, der Besitz und Gewalt zu Herren der Gesellschaft, des Imperialismus, der wilde Eroberungsgier und brutale Herrschaft zu herrschen des Erdballs gemacht haben! Und nicht weichtige Klage oder gar gegenseitige Beschuldigung und kleinlicher Streit über Mehr und Minder in Einzelheiten vermögen hier Besserung zu schaffen — nur das organisierte System des Widerstandes der nach höheren Menschheitszielen strebenden Massen wird die Ausbeutung im Innern, so auch die Gewalttätigkeit und die tierische Entartung gegenüber den Angehörigen anderer Völker überwinden. Nieder damit mit dem Kriege! Nieder mit Eroberungspolitik und Ausbeutung! Nieder mit der kapitalistischen Entartung, der charakteristischen Verfeinerung der Völker!

Ein für die Griechen gerabte vernichtendes Material enthält ein Buch, das in der Staatsdruckerei in Sofia erschienen ist unter dem Titel: „Serie von Briefen, geschrieben in Meschonia, Newrolop und in anderen Orten des Rasloggebietes von Soldaten des 19. griechischen Regiments (VII. Division), dessen Post am 14./27. Juli 1913 aufgefangen wurde.“ Sämtliche in dieser Serie aufgenommenen Briefe sind als Facsimiles in griechischer Sprache abgedruckt.

Im Briefe Nr. 1 schreibt ein griechischer Soldat seinem Bruder u. a.: „Auf Befehl des Königs haben wir alle bulgarischen Dörfer in Brand gesteckt. Wir haben uns viel grausamer als die Bulgaren gezeigt, wir haben alle jungen Mädchen, denen wir begegneten, vergewaltigt.“ Im zweiten Briefe heißt es: „Meiner Mutter, wir verbrannten hier die Dörfer und töteten die Bulgaren, Frauen und Kinder.“ Im Nr. 3 (Brief eines Sol-

daten an seine Eltern) ist wörtlich zu lesen: „Wir töteten von den Bulgaren haben wir gefangen, die wir auch getötet haben. Wir haben solche Befehle. — Ueberall, wo es bulgarische Dörfer gibt, legen wir Feuer an und verbrennen sie, damit diese schmutzige Rasse der Bulgaren nicht wieder zum Leben kommt. Wir befinden uns jetzt nahe der bulgarischen Grenze, und falls sie sich nicht bessern wollen, gehen wir nach Sofia.“ — „Wassil Chitso, der Vater, hat sich vor einigen Tagen getötet, auf acht Bulgaren zu schießen. Wir haben darum 50 gefangen genommen, die wir unter uns verteilt haben. Alle meinen Teil habe ich bekommen; die habe ich gefesselt.“ So lautet ein weiterer Brief. Aristos seinem Bruder. — In allen 11 Briefen, die in vorstehender Sammlung veröffentlicht werden, findet sich folgende oder eine ähnliche Phrase: „Wir haben die bulgarischen Dörfer in Brand gesetzt und verbrannten alle.“ In Nr. 7 heißt es: „Meine Mutter, ich habe die bulgarische Rasse getötet.“ In Nr. 11: „Wir haben die bulgarischen Dörfer — eine Schändung — es gibt keine bulgarische Stadt, kein bulgarisches Dorf, das nicht verbrannt worden ist.“ In Nr. 12: „Wir waffneten alle Bulgaren, die in unsere Hände gerieten, und verbrannten ihre Dörfer.“

In einem Buche Fac-similes de certaines lettres trouves dans le courrier grec etc. findet man Briefe griechischer Offiziere an ihre Verwandten, in welchen es u. a. heißt:

„Von 1200 bulgarischen Gefangenen, die bei Maritsa in unsere Hände fielen, leben nur noch 41: überall, wo wir hinkommen, lassen wir nichts mehr übrig von dieser verfluchten Nation.“ „Wir haben ihnen, noch während sie am Leben waren, die Augen ausgehöhelt.“ „Die griechische Armee brennt alles nieder und raubt alles aus, was noch übrig ist von diesem Volke. Gott weiß, wie das noch enden soll.“ „Ich erhielt den Auftrag, 16 bulgarische Gefangene dem Disziplinarkommando zuzuführen: 14 davon habe ich massakriert mit meinen eigenen Händen.“ Fast in jedem Briefe wird — sozusagen als Entschuldigung — erwähnt, daß alles geschieht „par ordre du Roi“ (auf Befehl des Königs).

„Ausagen von friedlichen Bürgern aus Serres, Dörfern der griechischen Grenzgebiete, die wie ein Wunder dem Tode entgangen sind“, so lautet der Titel einer anderen, ebenfalls von der Staatsdruckerei in Sofia herausgegebenen Broschüre; sie enthält die Photographien der hier sprechenden Zeugen, zum Teil sind die Bajonettschüsse und Säbelschnitte, von griechischen Woffen herührend, noch sichtbar auf ihrem entblößten Oberkörper.

## Politische Uebersicht.

Berlin und Meßdorf.

Der Professor Rückmann ergreift in der „Kreuzzeitung“ aufs neue das Wort, um der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Unhaltbarkeit ihrer staatsrechtlichen Auffassung über den Schluss der Reichstagsession zu Gemüte zu führen. Er stellt wiederholt fest, daß das Kaiserhoch nach Verübung der Session ausgebracht sei und daher nicht mehr als eine Amtshandlung der Abgeordneten betrachtet werden könne. Wenn er dabei, um das Reglerungsblatt vollends zu widerlegen, auseinandersetzt, daß selbst, wenn die Ansicht der Regierung zuträfe, doch nur diejenigen Abgeordneten unter dem Schutze der Immunität stehen könnten, die sich an dieser Schlusshandlung beteiligten, so ist das eine lächerliche Schlussfolgerung aus einer richtigen Voraussetzung. Stelle das Kaiserhoch wirklich den Schluss der Session dar, so ständen selbstverständlich alle Abgeordneten, ganz gleichgültig welche Haltung sie bei dieser monarchistischen Huldigung einnahmen, unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität.

Aber derartige Haarspaltereien mögen füglich den Professoren überlassen bleiben, wesentlich ist, daß Herr Rückmann und die Konservativen den Standpunkt einnehmen, das Kaiserhoch sei eine private Angelegenheit gewesen und die Abgeordneten, die durch Eigenbieten demonstriert hätten, gehörten deshalb vor den Richter. Wie steht es denn aber mit den Leuten, die bei anderer Gelegenheit darauf verzichteten, sich an einem von einem Privatmann ausgebrachten Hoch auf Wilhelm II. zu beteiligen. Wie man sich erinnert, hatte der Nationalliberale „Deutsche Kurier“ vor kurzem die Nachricht gebracht, daß in einer liberalen Versammlung im Kreise Stendal die konservativen Besucher mit einem Altmeister der Landwehr an der Spitze sitzen geblieben seien, als der Vorstehende das Bedürfnis empfunden habe, seinen Gefährten für den deutschen Kaiser in der bei Patrioten üblichen Weise Ausdruck zu geben. Der Gutsherr, der sich getroffen fühlte, bezeichnet die Behauptung des „Deutschen Kuriers“ als unwahr. Aber das Blatt will sie mit einigen Modifikationen aufrecht erhalten. Es schreibt:

Diese Verächtlichkeit ändert nichts an der Tatsache, daß die konservativen Herren in Meßdorf mit dem konservativen Vereinigungskomitee an der Spitze bei einem Kaiserhoch sitzen geblieben sind. Es war das nur nicht — wie territorial gemeldet wurde — in einer liberalen Versammlung, sondern im Mai dieses Jahres bei Gelegenheit eines Weiblicherversammlung. Der Landesoberste (H. Stöcker) hielt in Meßdorf einen Lichtscheitvorlesung über die Fremdenpolitik und forderte bei diesem Anlass, als das Kaiserhoch ertönen, alle Anwesenden auf, in das Kaiserhoch einzustimmen. Die Konservativen blieben sitzen und stimmten nicht ein; die Vorwärtsbewegung, die sich erhoben,



waren wearme und andere wärmere Stimmung, verlässliche Personen. Zeugen für diesen Vorfall sind mehr als genug vorhanden.

Wir haben, selbst wenn wir von unserer republikanischen Grundanschauung ganz absehen, ein volles Verständnis für Leute, die sich weigern, mit zu schreien oder auch nur aufzustehen, wenn es irgend einem Menschen plötzlich einfällt, den Monarchen anzuhoehen, und nichts wäre kindischer, als dem Herrn Mel und seinen Freunden den Prozeß zu machen. Jedoch, was den Privatleuten in Meßdorf recht ist, ist den Abgeordneten in Berlin billig und wenn die konservative Presse bisher sich wohl gehütet hat, den Staatsanwalt auf ihre Freunde im Kreise Stendal zu hegen, so sollte sie auch endlich auf den Versuch verzichten, die Gerichte gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten mobil zu machen.

### Die gleichgültigste Aufgabe der Gegenwart

Ist der Mehrheit der Preussendama die Erfüllung des künftigen Wahlversprechens. Obgleich erst am Dienstag Nachmittag die Session vertagt wird, das Abgeordnetenhaus also, da es am Sonnabend die erste Lesung des Fideikommissgesetzes abgeschlossen hat, noch Zeit genug hätte, um den fortgeschrittenen Wahlrechtsantrag zu beraten, wurde am Schluß der Sonnabendtagung ein Antrag unserer Genossen, der dies verlangte, nur von den Sozialdemokraten unterstützt und fiel. Selbst die Fortschrittler sind mit der Vertagung ihres Antrags einverstanden und geben sich der vagen Hoffnung hin, daß er im Herbst herankommen wird. Zu Beginn der Sitzung gab es große Debatten über die Immunitätsangelegenheiten des konservativen Hammer und des Genossen Dr. Liebknecht. Im Widerspruch gegen die bisherige Praxis des Hauses, lieber man Herrn Hammer der Strafverfolgung aus, — auf eigenen Wunsch, der sich merkwürdig mit der Absicht der Partei berührt, auch Dr. Liebknecht das Sommervergnügen der ehrenrührenden Verhandlung in Leipzig zu spenden. Statt bei der Sitzung der Zeit den Antrag unserer Genossen auf Einstellung des Verfahrens gegen Liebknecht sofort anzunehmen, verwies man die Sache an die Geschäftsordnungscommission und es erachtet fraglich, ob die Angelegenheit am Dienstag noch beraten werden wird.

Die Fortsetzung der ersten Beratung des Fideikommissgesetzes brachte nur die Wiederholungen der zweiten Charakteristik und mit einer an dem Genossen Hofier verübten Wortabschneidung, die um so vornehmer war, als fast alle Redner in der feierlichen Weise gegen Hofiers Rede losgezogen waren, wurde diese Debatte in der denkwürdigen Weise beendet.

### Der fünfjährige Hansabund.

Der Hansabund hat auf seiner „Substanztagung“ (er ist fünf Jahre alt geworden) zu Köln wieder einmal die berühmte mittlere Linie proklamiert. Er steht nicht rechts, und er steht nicht links. Er bekämpft den Radikalismus links und drüben und will es mit niemandem ganz verderben.

Er ist ein Gegner des Agrarertians, aber diese Feindschaft darf natürlich nicht so weit gehen, daß man auch die bestehenden Güter angreift, und deshalb läßt man im Nacht Sturm gegen den „Lüdenlojen“ Zolltarif.

Er will keineswegs mit den Scharfmachern zusammengehen und ist ein warmer Anhänger der Sozialreform. Aber alles muß mit Mäßen getrieben werden und deshalb nimmt er in die Warnungen vor einer Ueberhäufung der Industrie mit sozialen Lasten ein und beschränkt den Schutz der Arbeitswilligen auf dem Umweg über die Polizeiverordnungen.

Der Hansabund ist ein guter Freund der Angestellten, er hat Verständnis für ihre Bestrebungen und ihre Orga-

nisationen. Jedoch dürfen die Bestrebungen nicht zu weit gehen, und wenn die Angestelltenverbände etwa auf den Gedanken kommen, gewerkschaftlichen Tendenzen zu kultivieren, dann ist es mit der Freundschaft der Konsalente vorbei.

Der Hansabund ist für eine Reform des preussischen Wahlrechts, aber er bewirkt, die Forderungen der Demokratie und ist reichlich zufrieden, wenn das direkte und geheime Wahlrecht gewährt wird.

Die Sammeltagungspolitik will der Hansabund nicht mitmachen, aber den Kampf gegen die Sozialdemokratie, die sich nicht zu einer Arbeiterbewegung auf nationalem Boden entwickeln will, führt er mit Entschlossenheit.

Die mittlere Linie ist die Theorie, in der Praxis wird die Front gegen links genommen, und Herr Duesberg, der die wackeren Vertreter des aufrechten Bürgerturns im Namen der rheinisch-westfälischen Industrie begrüßt, darf es wagen, den Hansabund als eine Vereinnahmung zu bezeichnen, die die Anhänger aller bürgerlichen Parteien gegen die rote Internationale sammeln will.

Na also!

### Eine politische Biite.

Ueber den Besuch Wilhelms II. und des Staatssekretärs Tirpitz bei dem österreichischen Thronfolger schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Der Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs auf dem herrlichen Landhof des österreichisch-ungarischen Thronfolgers in Wähnen ist bei uns wie in der verbündeten habsburgischen Monarchie von der Presse als eine neue Bekundung der beiden hohen Herren verwindenden herzlichsten Freundschaft begrüßt worden. Auch der Umstand, daß auf besondere Einladung des Erzherzogs Franz Ferdinand der Staatssekretär des deutschen Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz, den Kaiser nach Konopischt begleitete, wurde in den Berechnungen der Blätter hervorgehoben, und es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß ein Beisammensein von drei Marinefachmännern, wie es der Kaiser, sein hoher Vortritt und der Großadmiral sind, auch auf den Inhalt der Gespräche nicht ohne Wirkung gewesen sein wird. Hieron abgesehen, müssen wir in Uebereinstimmung mit der „Wiener Abendpost“, die politischen Deutungen, die einige ausländische Blätter dem Kaiserbesuch in Konopischt unterziehen wollen, als irrtümlich bezeichnen. Der wirkliche Wert der Zusammenkunft wird durch solche Entstellungenveruche nicht berührt, und die Freunde des deutsch-österreichischen Bündnisses wie der Dreibundrollist werden gern der schönen Stunden gedenken, die Seiner Majestät dem Kaiser und Könige durch die lebenswürdige Gastfreundschaft Seiner Kaiserlichen und königlichen Hoheit des Erzherzogs-Thronfolgers bereitet worden sind.

Daß Herr v. Tirpitz nicht in Konopischt war, um die Rosenzucht des Erzherzogs zu bewundern, liegt auf der Hand. Aber man wird sich auch nicht darauf beschränkt haben, eine Unterhaltung über die neuesten Schiffstypen und die Marineuniformen zu führen. Ohne Zweifel hat die Zusammenkunft eine politische Bedeutung besessen, und das ist ja auch zwischen den Zeilen der offiziellen Darstellung zu lesen.

### Zum Kampf der Arbeiterturnvereine gegen Polizei und Staatsanwaltschaft.

Der Schloffer Geneke zu Marienfelde war am 12. Juni vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof angeklagt, als Vorsteher des Vereins „Freie Turnerschaft in Berlin-Marienfelde“ die Teilnahme von Jugendlichen an den Turnübungen dieses Vereins gebührend zu haben. Geneke, der durch Reichsanwalt Wolfgang S e i n e verteidigt wurde, bestritt, daß der Verein politisch wäre. Allerdings habe der Verein auf Verlangen der Polizei sein Statut und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder eingereicht, nachdem das Oberverwaltungsgericht sich auf den Standpunkt gestellt habe, jeder Verein, der dem Arbeiter-Turnerbund angehöre, sei schon aus diesem Grunde politisch. In Wahrheit aber sei der Verein in Marienfelde nicht politisch und habe durch die Einreichung der Satzung auch keineswegs ein Zugeständnis politischer Tätigkeit abgeben wollen. Die Jugendlichen hätten nur an Turnübungen teilgenommen. Solche Turnübungen aber seien keine Versammlungen oder doch mindestens als gesellige Zusammenkünfte anzusehen, an welchen auch Jugendliche teilnehmen können.

Es wurde nun eine Reihe Zeugen vernommen. Die zeugenden sämtlich, daß bei den turnerischen Zusammenkünften niemals Ansprachen gehalten worden wären. Zwar waren einige Lieder gesungen worden, doch wurde dies nur von Kindern wie das Wandern ist des Müllers Lust und „Turner, auf zum Streite“, also ganz unpolitischen Liedern, festgesetzt. Die Jugendlichen nahmen nicht an den anderen Zusammenkünften des Vereins teil. Mehrere erwachsene Mitglieder des Vereins bezeugten aber, daß auch bei diesen anderen Zusammenkünften niemals politische Reden gehalten worden wären, daß jede Einmischung in politische Angelegenheiten auf die Mitglieder ausgeschlossen sei, daß nur ein Teil der Mitglieder als Sozialdemokraten bekannt wäre.

Trotzdem behauptete der Staatsanwalt, das Turnen diene der Erziehung eines parteipolitischen Geistes. Er beantragte 15 Mark Geldstrafe.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt S e i n e, lehnte in längerer Rede an: Sämtliche ordentlichen Gerichte hätten sich in solchen Fällen auf den Standpunkt gestellt, aus der Unmöglichkeit des Vereins selber müsse festgestellt werden, daß sein Zweck politisch wäre. Die Zugehörigkeit zum Arbeiter-Turnerbund solle allein genügen dazu nicht. Von den üblichen Gründen für die Politischerklärung der Turnvereine liege hier nicht einer vor. Weber seien sämtliche Mitglieder des Vereins Sozialdemokraten, noch sei das Vereinslokal ein sozialdemokratisches Verkehrslokal, namentlich nicht der Sitz des Wahlvereins; es seien auch keine politischen Lieder gesungen worden. Diese Gründe würden Abstrengens, auch wenn sie vorlägen, den Verein nicht zu einem politischen machen. Es sei ein rein politisches Schredgepiß, wenn immer der Glaube verbreitet würde, die Arbeiterturnvereine wären politisch. Wenn die Arbeiter politische Agitation betreiben wollten, so dürfe ihnen dazu die sozialdemokratische Partei mit ihren Veranlassungen mehr als ausreichende Gelegenheit. Gerade weil auch die Arbeiter mehr und mehr das Bedürfnis empfänden, etwas für die Körperpflege zu tun und sich auch auf unpolitischem Gebiete zu betätigen, wären die Arbeiter-Turnvereine entstanden und auch gemacht. Man möge doch nicht immer in allem, was von Arbeitern ausgeht, diese der sozialdemokratischen Partei suchen. Außerdem aber seien die turnerischen Zusammenkünfte keine „Versammlungen“ im Sinne des Vereinsgesetzes, was sowohl vom Oberverwaltungsgericht, als von mehreren Oberlandesgerichten ausgesprochen werde. Wären sie aber als Versammlungen anzusehen, so würden sie immerhin, da in ihnen nichts Politisches vorgefallen wäre, als „Zusammenkünfte zu geselligen Zwecken“ zu betrachten, welche nach § 17 B.-G. auch von Jugendlichen besucht werden dürften.

Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen nach kurzer Beratung an und erkannte auf Freisprechung.

### Die Reichstagswahlwahl in Koburg

findet in vier Wochen, am 10. Juli, statt. Die rechtsstehenden Parteien suchen unter dem Deckmantel „Nationalliberal“ im Trüben zu fischen. Der Amtgerichtsrat Dr. Stoll in Koburg ist nationalliberaler Kandidat. Was für eine Art Liberalismus er aber vertritt, zeigt sich in der Bekämpfung seines fortschrittlichen Gegenkandidaten, des Kuvenfabrikanten Arnold aus Neustadt, der wieder einmal das Opfer des Durchfalls auf sich nimmt. Herr Arnold ist ganz unglücklich darüber, daß er keine mehr mit den Sozialisten in einen Topf geworfen wird, wo er doch vor einigen Jahren alleruntertänigst dem Herzogpaar seine Glückwünsche für den Erbprinzen darbrachte, der erst einige Tage später geboren wurde. Und nun kommt noch dazu, daß die Bürgerlichen sich schon jetzt dahin verständigt haben, zwar gegen ihn zu marschieren, dann aber — wenn es nämlich zur Stichwahl kommt! — die Sozialdemokratie vereint zu schlagen. Das soll sogar so eine Art nationale Geburtsstunde für den Herzog werden; deshalb will man die Stichwahl schon am 17. Juli stattfinden lassen, damit man ihm dann den Sieg der nationalen Sache auf den Geburtstagsfest legen kann. Vorläufig haben die Herrschaften noch eine Hülenangst, weil sie befürchten, daß Koburger Volk könnte in seiner Mehrheit als Quittung für die absolutistischen Reigungen, die ja die Veranlassung zu dieser Erstwahl gegeben haben, sich diesmal gleich für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Rechtsanwalt W. Hofmann in Hof, entscheiden. Was von uns getan werden kann, in diesem Sinne zu wirken, das wird jedenfalls geschehen unbeschadet der Extraladungen von Verleumdungen, die die bürgerlichen Parteien sich zum Wahlkampf verschrieben haben und von denen sie schon jetzt den reichlichsten Gebrauch machen.

Zur Verfernung der Wacker'schen Rede. Nach einer Information der „Kölnner Korrespondenz“ wurde die Wacker'sche Rede nicht wegen gewisser Einzelirrtümer indigert, die Maßnahme sei vielmehr erfolgt, weil der Vortrag ganz und gar von dem Kölnner Irrtum durchseucht wäre.

## Sara.

Die Geschichte einer Liebe.  
Von Johan Ekjoldborg.

(Nachdruck verboten.)

— Es ist die Jahreszeit, wo das Wetter schnell wechselt. Am Spätnachmittag wird die Luft so sonderbar; sie verdundelt sich hoch oben, daß die weißen Segel des Nord's und die gelblichen Giebel stärker hervorreten; die Hüfe und Bäume werden dunkler und zeigen schärfere Umrisse. Der Wind nimmt zu, ist aber durchaus nicht kalt. In hastigen Schritten kommt er daher, kleine Wirbelwinde jagen über die staubigen Wege.

Die Röhre werden unruhig und wollen nicht mehr fressen. Namentlich die Röhre beginnen zu brüllen; sie stehen ganz still und brüllen unablässig gen Südost.

Die Wollentwiler lehnen dem Winde den kranken Rücken zu; sie wollen sich treiben lassen; das ist ein sicheres Zeichen. Die Blätter der Bäume rascheln; die Pappelblätter wendeln sich hurtig; sie wollen Wasser haben.

Die Luft ist abwechselnd hell und dunkel. Die Umrise hält eine Weile an, und die Röhre fahren fort zu brüllen nach Südosten zu.

Dann aber beginnt in der Luft ein Sausen, erst schüchtern, dann härter; es faßt, als würde irgendwas in der Ferne eine Schlinge geöffnet. Und danach fängt der Regen in Stößen hernieder.

Das Röhren wird nach, die Menschen werden nach, kriechend nach, ganz durchweicht. Aber schnell kommen die Tiere unter Dach, und die Augen der Menschen schauen vergnügt aus dem nassen Gesicht hervor; denn Regen ist des Landmanns Freude, er ist Gold im Schoß der Erde.

Als sie fertig sind, steht Sara ein Weibchen mitten im Regen; lächelnd mit blühenden Zähnen breitet sie die Arme aus und öffnet und schließt die Hände um die herabfallenden Wassertröpfchen, die ihr durch die Finger entfließen.

Und Anders steht hinter der Tür des Braubrunns ganz bezaubert in ihrem Anblick.

Nachdem die Regenwolken sich verzogen haben, glänzen die erdigen Blätter der Felder im letzten Schein der untergehenden Sonne. Auf der anderen Seite des Nord's leuchten die vierfachen Spindelblätter der weidlichen Wägen; es glänzt vom Schieferdach der Schöler Kletter, und eine Gemütsruhe des Hofes in Blüthe fängt und hält.

Nach dem Schauer ist der Abendhimmel so klar und weich. Und während Dunkelheit die Erde umhüllt, aber sie ist hell und frisch.

Sara öffnet ihr Kammerfenster und läßt die herrliche Abendluft hereinströmen. Sie lehnt sich hinaus aus dem Fenster und schaut nach oben. Sie erwartet jemand.

Der Duft aus allen Ständen steigt zu ihr empor, und sie saugt ihn mit Wohlbehagen ein; ein eigenartig starker Duft überflutet alle anderen, — er kommt von den Zwiebelgewächsen drüben auf den Beeten.

Es wächst im Verborgenen, wächst im Halbdunkel, wo die Blattsprengen schwer von Regentropfen hängen.

Es rührt sich etwas; Sara dreht den Kopf; aber es sind nur ein paar kleine Vögel, die den Zweig wechseln, so daß die Tropfen auf die anderen Blätter niederrieseln.

Es liegt eine tolle Ruhe über dem Garten, eine Stille, geschaffen zum Wachsen und Träumen, zum glücklichen Träumen. Niemals hätte Sara geglaubt, so fühlen zu können, wie sie es jetzt tut, eine solche Welt kennen zu lernen, eine so neue und reiche Natur in ihrer Brust. Wie wunderbar das Leben ist und wie dunkel es emporschneidet aus dem Grunde.

Sie begreift, daß sie jetzt erst das Leben kennt. — Ein einziger Liebhaber hat heraus aus den Strandwiesen.

Aber wieder umschließt die Dunkelheit und Stille alle Triebe und Träume und das wachsende Leben. —

Endlich kommt die Gestalt eines Mannes, schreitet am Gartentor einlang und folgt dem Graben, der zum schiffreichen Sumpfe führt.

Da steht sich Sara zurück und schließt das Fenster.

### Sechstes Kapitel.

Das Korn auf den Feldern des Wiesenhofes schreitet der Ernte entgegen, wie ein junges Weib der Zeit ihrer Reife. Die Kornähren beugen sich vor dem frischen, fröhlichen Wind, der von den südlich am Nord gelegenen Höhen kommt, beugen sich, wie des Weibes Haupt, wenn eine weiche Hand ihr über das Haupt streicht. Und das Korn hebt sich hoch und schneidig sein Haupt dem Sonnenlauf entgegen.

Im Licht und dem wunderbaren Sommerwinde wächst das Korn empor. Der Roggen ist natürlich der erste. Sein Stroh langt die blanke Sonne in sich hinein und färbt sich schon gelb. Es ist der Monat des Kornes. Die Wiesenbauern sind gemüht und stehen in Gruppen mit dem Heu. Das Korn beherrscht das Land. Nur Ochsenzunge und Laubentrost, von denen es an den trockenen Grabenrändern wimmelt, ziehen ein buntes Band um die gelben und gelben Ackerde.

Und dann blüht hier und da eine Kornblume hervor, wie ein Auge, das sommerlich lächelt.

Und ein roter Rohn glüht hell zwischen all dem nützlichen Stroh.

Es ist auch ein Monat, so recht geeignet zum Fest; und es ist Sonntag.

Mitten an Tage ist es so still und sommerwarm, daß das Vieh der Wiesen hinauswagt am Strand, um sich dort ein wenig abzukühlen. Auf einer Sandbank im Nord haben viele

Gast gemacht; ihr buntes Fell spiegelt sich, so glatt ist die Oberfläche des Wassers. Und so unbeweglich stehen die Tiere in der sonnenbeschienenen Luft, daß das Ganze wie ein schimmerndes Bild wirkt.

Später erhebt sich der Wind. Die Fische sind geblüht auf dem Festplatz im Haller Wäldchen. Sie kann ringsumher gesehen werden und lockt mit ihren beschleuderten Flossen die Menschen der ganzen Gegend zu sich heran, lockt vor allem die Jugendlichen durch ihre Unschuld und ihr flammendes Rot. Die Wege sind angefüllt mit Wagen und Radfahrern.

Sara kommt erst spät, da es daheim viel zu tun gab. Mit einer Jacke auf dem Arme zeigt sie sich an der Krümmung eines Fußsteiges, der auf den Festplatz hinaus mündet; sie heilt sich. An der Mündung des Waldweges trägt sie einen Augenblick inne, rot und warm und erregt. Sie trägt das weiche Wäldchen; eine dunkelrote Rose hat sie auf der linken Seite befestigt, und auf dem schweren goldigen Haar sitzt ein englischer Hut.

Im Nu hat sie alles in sich aufgenommen; die Hüter und Glasbier auf dem rundergepannten Theaterstisch des Karussells, die Polladine von der Straße drüben, das Klingeln der Straßprobe, begleitet von dem Rufe: „Herules!“ — alle diese Eindrücke, die zusammen dem Volksfeste den bestimmten Charakter verleihen.

Der Anblick all dieser Dinge spiegelt sich auch in ihrem Gesichtsausdruck wider. Aber im Grunde bleibt sie ruhig; ihr Mute und ihr stilles Lächeln erzählen von einem inneren Reichtum, der allen äußeren Festklang weit übertrifft. Sie trägt einen Schatz in ihrem Herzen und sie weiß es.

Zur Anker steht Anders Verwandte, das dunkle Mädchen, das auf dem Winterball ein weißes Alpakastück trug. Heute trägt sie ein gelbes Stoffkleid mit reichem Gelbgeflecht und einen breitrandigen schiefen Hut. Sie spricht mit dem Verwalter von Hallungard und rikt dabei auf dem Erdboden die Füße mit ihrem hübschen hochspannigen Fuß.

Als sie Sara gewahrt wird, beobachtet sie sie scharf. Wer Sara macht sich nichts daraus; sie ist merkwürdigerweise nicht mehr ängstlich beim Anblick dieses hübschen und klugen Mädchens aus Anders Verwandtschaft.

Sara wendet sich den Langen zu, wo Anders Ellen von Bogard heranzieht; sie erwidert Ellens schmerzlichen Reden. Und auch das beunruhigt Sara nicht, obgleich Ellen sich nicht an ihn drängt. Sara lächelt nur zuversichtlich.

Es dauert auch nur wenige Minuten, da führt Anders sie zum Tanz; seine hellen Beine und ihr dunkelrotes Haar vernehmen sich, während sie sich drehen und zwischen den anderen hindurchschlingeln.



Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Juni.

Das sozialdemokratische Familienblatt.

Das illustrierte Familienblatt, dessen Herausgabe der letzte sozialdemokratische Parteitag zu Jena beschloß, wird mit dem Namen 'In allen Gassen' seinen Weg in die proletarische Welt antreten. Ueberall — in allen Gassen des arbeitenden Volkes also — will es für die Ruhesunden des Kampfes Männern und Frauen und ihrem jungen Nachwuchs ein vollkommener Gefährte werden, der zur Sammlung der Kräfte aus dem Engen ins Weite, dem Dunklen ins Helle, dem Milden ins Erfrischende zu führen versteht.

Jede der vierzehntägig erscheinenden Nummern wird mit zahlreichen, durch Tiefdruck wiedergegebenen photographischen Aufnahmen vom Leben der unmittelbaren Gegenwart zeugen. Das Bild wird ein hervorragender Inhalt dieses Hausblattes der Arbeiterkassen sein. Jede Nummer bringt ein Romanwerk, kürzere Erzählungen und durch Bilder unterstützte Aufsätze zu Fragen des Wissens, die im Haus sind; jede wird ein Ratgeber sein, dem alles wertvoll ist, was den Einzelnen und seine Familie im Sinne einer guten Lebensweise fördern kann. Die Arbeiterkassenkräfte, die im Proletariat aufwärts in Bewegung sind, will die neue Zeitschrift beschäftigen, daß sie im Kleinen wie im Großen ihres hohen Wertes bewußt werden. Die Besizer der Zeitschrift werden mindestens 32 Seiten stark sein und 20 Pf. kosten.

Die redaktionelle Leitung wurde dem Genossen Dr. Franz Diederich übertragen, der deshalb mit Ablauf dieses Monats aus der Familienblatt-Redaktion des 'Vorwärts' ausscheiden wird. Die erste Nummer der Zeitschrift wird als Werbenummer gegen Mitte September erscheinen. Zuschriften an Redaktion und Verlag sind nach Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Vom Breslauer Volkstindertag.

Der Regen des Wettergottes hat — von einem bischen Regen am Sonntag nachmittag abgesehen — auf all' den Veranstaltungen des Breslauer Volkstindertages gerührt. Besonders in der Schließung war es am Sonnabend wie auch am Sonntag mit einem Wort gesagt: schwarz vor Menschen.

Die Kunden- und Karussellbesitzer, die sich dort niedergelassen hatten, dürften wohl auf ihre Rechnung gekommen sein, und was die Hauptsache ist: für den eigentlichen guten Zweck wurde im allgemeinen reichlich verwendet. Der Platz in Schließung gleich einem richtigen Volkstier, so ähnlich wie es alljährlich zu Pfingsten auf dem Fischplatz an der Promenadenstraße abgehalten wird. Einer: Meeresstauer, Billputaner, das Fräulein mit dem Riesenzwisch, die lustigen Tonnen und noch vieles mehr gab es zu sehen natürlich nur gegen Zahlung eines 'Gtraantrees'. Daneben waren Karussells, Seilbahn und anderes im Betriebe. In der Jahrhunderthalle spielte am Sonnabend und am Sonntag von 5 Uhr nachmittags an Oberorganist Burtke auf der Orgelorgel erhebende Weisen von Bach, Arger, Rheinberger und eigene Musikstücke. In den Restaurants und Ausschankstellen des Platzes wurde Vater Gambinus eifrig zugeprochen und die lustige Stimmung flaute erst nach Mitternacht ab.

Die Jünglinge vom Jung-Deutschland-Bund führten Kriegsspielerien auf, an denen sich mancher 'gute Deutsche' ergötzt haben mag. Jeder ernsthaft Denkende schüttelte dagegen mit dem Kopf und sagte sich mit Recht: Man sollte die Jungen mit etwas Besseren beschäftigen. Ein lustiger Bruder Studio verkaufte Pfefferluchen und arbeitete wie ein richtiger Musikant. Er entledigte dabei einen so gefundenen Humor, daß man seine helle Freude daran hatte, ein Weibchen dem Geschäftsbetrieb des Musikanten zuzusehen. Zwei andere Studenten führten einen dritten, der als Bär verkleidet war, über den Platz und erregten viel Heiterkeit. Mäufelänger und malierete kleinere Kapellen heimsen viele Groschen für ihre Darbietungen ein.

In den Ausstellungenräumen war die 'vornehme Gesellschaft' vertreten. Damen der Aristokratie überboten sich hier förmlich, die Besucher mit Lorie, Silber, Eis, Bonbons, Blumen usw. zu versorgen, wobei der Wohlthätigkeit keine Schranken gesetzt waren. Zahlreiche Kinderballons, oft zwei oder drei zusammenhängend, sah man über den Platz treiben. Wenn man näher zusah, gewahrte man eine Festpostkarte daran angebunden, die 'per Luftpost' in die Welt hinaussegelte.

Zum Leben und Treiben in den Straßen der Stadt am Sonnabend sei noch folgendes nachgetragen: Die rätische Straßenbahn hatte eine recht niedliche kleine 'Elektrische' gestellt, die von einem Pferde fortbewegt wurde und überall lechhaft angefaunt wurde. Kinder durften sich hineinsetzen; für Erwachsene war eine Fahrt in diesem zerlumpten Wagen mit Pferdebespannung nicht empfehlenswert, weil es keinen Spaß gemacht hätte, mit dem Kopf oben anzustößen. Unter den vielen Festwagen, die zum Teil sehr drollig hergerichtet waren, verdient Erwähnung der 'verhexte Möbelwagen', den man für einen Sechler von Jemen genießen konnte. Der Pächter der Wochenscheibe an der Liebigstraße hatte sich entschlossen, den Erlös aus dem Gondelverleihen am Sonnabend nachmittag dem Volkstindertag zuzukommen zu lassen. Die bunteschmückten Boote erfreuten sich auch einer recht regen Benutzung.

In der Mittagstunde am Sonnabend leitete unser Stadtkapellmeister Bräuer das öffentliche Konzert auf dem Schloßplatz. Um dieselbe Zeit konzertierte die Kürassierkapelle unter Leitung des Stabkomponisten Schall vor dem Fürstlichen-Café und die Artilleriekapelle mit Musikmeister Kuscha an der Spitze draußen im Westen auf dem Wachtplatz. Dort hatten sich ebenfalls viele Zuhörer eingefunden.

Im Warenhaus Messers & Waldbühmid und bei M. Schneider wurden Wohltätigkeitsmatinees veranstaltet, die großen Zuspruch hatten. Im Stadttheater war ein mit verlockenden Wiederbissen angelegtes Buffet hergerichtet und man ließ sich frisch wohlschmecken — zum Besten der armen notleidenden Kinder.

Am tapfersten arbeiteten überall die Blumenverkäuferinnen in den Straßen. Vor ihnen war buchstäblich kein Mensch sicher. Ueberall drangen sie ein, in alle öffentlichen und privaten Gebäude, um möglichst viel 'Blumen' herauszuholen. Wie wir hören, blieb ihnen jedoch das Unwettergebäude verschlossen. Alles in allem kann wohl gesagt werden: Der Volkstindertag hat viele, recht viele, zum Geben angepornt. Die Einnahmen dürften gewiß nicht gering sein, die dazu beitragen, Kindertränen zu trocknen und Mitternachts zu lindern. In diesem Sinne begrüßen auch wir das gute Gelingen des Volkstindertages.

Die Studenten und der Volkstindertag.

Ueber die Beteiligung der Studenten am Volkstindertag lesen wir in der 'Schief. Zig.':

Um die Herzen durch Erhellung geistesreicher zu machen, hatte namentlich die Studentenschaft allerhand lustige Aufzüge ins Werk gesetzt. So schab eine Leiterfrau einen Handlaren vor sich her, auf dem ihr Reitermann sah und fleißig wer-

felte, während ein Studio in Klouten das Einfließen besorgte. Großen Effekt erzielte ein Bruder Straubinger durch seine mäterisch-wilde Berührung, und so gab es noch viele andere lustige Gesellen, an deren komischen Masken das Publikum seine Freude hatte. Noch mehr aber wurden die Festwagen umdrängt, die die ganze Stadt durchzogen. Auf großen Koffwagen thronen Studenten und Studentinnen, die komische Musikkapellen mitführten. Großen Jubel, namentlich bei den Kludern, erregte ein Straßenbahnwagen in etwa ein Viertel 'Lebensgröße', der auf einem Radgestell von einem Pferdchen gezogen wurde und dem starten und Blumenverkauf, aber auch dem Passagierverkehr diente, denn er nahm Kinder als Fahrgäste auf. Oben das Wagenfeld trug die Aufschrift: 'Richtung: Kauf, wie brauchen Geld!' Noch lustiger wirkte ein Planwagen, auf dem 'Ella Pascha und sein Anhang' herumzogen, er selbst mit seiner Gemahlin und eine albanische Musikkapelle, alles in Nationalkostümen. Am Wagen aufgehängt baumelte eine gestohlene Gans, sowie orientalische und europäische Kriegesflaggen. — Der verhexte Möbelwagen! Das muß man gesehen haben! verflüchteln mit dröhnender Stimme einige junge Männer im Kostüm von 1813 von einem Möbelwagen herab der neugierigen Menge. Einige andere unterstülten mit Hautenschlag die Worte, und auf einem Pferde des Wagens sah ein Bruder Studio in Kanonenschießen, eine lange Pfeife rauchend. Da der Eintritt in den Möbelwagen, der mit roten Sitzecken auf schwarzem Grunde gezieret war, nur 5 Pf. kostete, und die Meinung, daß der verhexte Wagen weiter nichts als ein leerer Wagen, von den Aussehern entwirrt zurückgewiesen wurde, erlaubten sich viele den Eintritt hinter den Vorhang aus Sadelnwind, der das Innere des Wagens verstellte, und kamen mit vergnügten Gesichtern auf der anderen Seite wieder heraus; was sie gesehen hatten, verriet sie aber nicht. Verschiedene Studentenverbindungen fuhren zum Teil kostümiert, auf Wagen umher, und ein anderer Wagen war mit Gestalten aus der Operette 'Weinstock und Walzen' besetzt. Den Höhepunkt erreichte der Trubel in den Mittagstunden. Es gina zuweilen recht laut her; aber die Polizei drückte verständnisvoll ein Auge zu, da ja alles dem guten Zweck galt.

Heute Frauenabend

des sozialdemokratischen Vereins Breslau in folgenden Lokalen:

- Japanischer Garten, Friedrichstraße 49.
Könige, Leuthenstraße 12/14.
Gering, Heinrichstraße 5.
Müller, Michaelisstraße 26.
Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.
Zentner, Dübenerstraße 50.
Zampmann, Meiseldorferstraße 15.

Genossinnen, erscheint pünktlich, damit der Frauenabend gegen 10 Uhr sein Ende erreicht. Bringt die Lieberbücher mit. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Zum Streik im Rink-Gofmann-Werk

In Breslau wird uns geschrieben: Seit 21 Wochen tobt dieser gewaltige Kampf, an dem etwa 4500 Personen, Metallarbeiter, Schmelzarbeiter, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Sattler, Lackierer, Kupfergeschmiede und Gewerkschaftler beteiligt sind. Seit drei Wochen schwebten nun Verhandlungen und nichts ist unternommen worden, einen Frieden zwischen den streikenden Parteien herbeizuführen. Es handelt sich wie bekannt keineswegs um Lohn- oder andere Forderungen, sondern der Kampf ist den Arbeitern angedient worden, durch ganz irner, hört hohe Abzüge. Diesen Abzügen gilt der Kampf!

Über trotz aller Bemühungen reicht die Fabrikleitung auch nicht um einen Pfennig von ihren Abzügen ab. Hier dran wird unter keinen Umständen gerückt, erklärte Dienstag, den 2. Juni die Direktion dem vermittelnden Gewerbegehilfen-Vorstand. Sie stellte den Streikenden und Ausgesperrten ein Ultimatum: wenn bis Sonnabend, den 6. Juni die Arbeit nicht aufgenommen ist, wird jedes weitere Entgegenkommen abgelehnt.

Die Streikenden und Ausgesperrten lehnten aber die Arbeitsaufnahme ab und der Kampf geht deshalb verschärft weiter. Nur 3 Mann von den Tausenden stimmten für Aufnahme der Arbeit. Die Firma bemüht sich nun, mit allen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen, was ihr auch leider teilweise schon gelungen ist. Wir richten darum das dringende Ersuchen an die gesamte deutsche Arbeiterkassen, uns in diesem gewaltigen Kampfe zu unterstützen. Sorgt für weiteste Verbreitung dieser Zeilen, damit der Jargon unterbunden wird. Ferner verfaßt die Firma, Schmelz- und Gießereiarbeit anderweitig herstellen zu lassen. Nach allen Teilen Deutschlands, ja selbst bis Belgien sind Modelle versandt worden.

Arbeiter Deutschlands übt Solidarität, helfst den Breslauer Kämpfenden den Sieg erringen!

Gesundheitsbericht. In der Woche vom 31. Mai bis 6. Juni sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 88 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 165 Kinder geboren; davon waren 199 ehelecht, 66 unehelich, 254 lebendgeboren (139 m., 115 w.), 11 tolgelboren (6 m., 5 w.). Mit den 9 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 148 Sterbefälle (80 m., 68 w.), darunter 16 Ortsfremde in der Berichtswoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 28 unter 1 Jahr alt (23 ehelecht und 5 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Kindeibsticker 1, Malaria 8, Keuchhusten 1, Tuberkulose 28, Krankheiten der Atmungsorgane 16, Magen- und Darmkrankh., Brechdurchfall 13, Selbstmord 2, Unfallsfälle 3 und alle übrigen Todesursachen 77. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Scharlach 25, Diphtherie 8, gewöhnliche Augenkrankheit 2, Wochenbettfieber 4, Unterleibstypus 4. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3030; es kamen hinzu 888, es starben 27, es gingen ab 667, so daß am Ende der Woche 3212 verblieben.

Konkurs geraten sind dieser Tage die Kaufmannsmitte Clara Kirchsche in, Kaiser-Wilhelmstraße 29, und der Druckereibesitzer Arthur Wernicke in, Graupenstraße 13. Konkursverwalter ist im ersten Falle Kaufmann Wudewig, im zweiten Kaufmann Wörmeng.

Versteigerung von Grundstücken. Vom hiesigen Amtsgericht sind demnach zwangsweise versteigert: Köpferstraße 14 am 20. Juli, Groß-Tischow (Band 4, Blatt 122) am 20. Juli, Weinstraße 18 am 27. Juli, Bognerstraße 108 am 11. August, Krieger (Band 2, Blatt 66) am 27. Juli.

Auf zu den Kinderpielen!

Von dieser Woche an finden jeden Mittwoch, Donnerstag und Sonntag nachmittags von 4 bis 6 Uhr im Garten und Hofe des Gewerkschaftshauses Kreis- und Bewegungsspiele für Arbeiterkinder statt.

Die Spiele stehen unter der kundigen Leitung von Kunstteilnehmerinnen, die in der Lage sind, den Kindern manches bisher unbekanntes fröhliche Spiel zu vermitteln und laden reichlich die Arbeiter-Eltern ein, ihre Kinder fleißig zu den Spielen nachmittags zu entsenden.

Die Spielleiter.

Schütze-Rang II in Breslau.

Auch heute Montag morgen kurz nach 6 Uhr traf der große Lenkballon aus Plegnit wieder in Breslau ein. Er verfolgte anscheinend die Bahnstrecke bis nach dem Hauptbahnhof, wendete dann ins Innere der Stadt und steuerte etwa zehn Minuten später wieder nach Westen zu hinaus. Sein von der Sonne beschienenes Kleid sah heute weißer aus als sonst und da der Wägen sehr tief fuhr, konnte man die fünf Gondeln, die Propeller, die Steuer und das Schwanzrad sehr deutlich unterscheiden. Die Arbeiter auf ihren Wegen in die Werkstatt folgten aufmerksam dem Luftschiffspiel. Die Bourgeoisie schloß nach.

Stadtoberordneten-Versammlung. Auch in dieser Woche wird keine Sitzung abgehalten; dafür ist eine Sitzung auf Montag, den 22. Juni, angelegt und voraussichtlich wird noch am 26. Juni eine Sitzung nötig sein.

Erhängen. Auf einer Bank im Eichenpark hat sich heute früh ein pensionierter Eisenbahner von der Frankfurter Straße mit einem Revolver erschossen. Der Mann war sofort tot. In seinen Taschen wurden 1,25 Mk. in bar gefunden.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter Deutschlands (Verwaltungsstelle Breslau). Die frühere Hilfskasse der Metallarbeiter, jetzt Verbandsverein aus Gegenleistung, hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht über 1913. Die Kasse hat gute Fortschritte gemacht. Das Vermögen betrug am Ende des Berichtsjahres über 3 Millionen. Die Mitgliederzahl 15 768. Krankheitsfälle wurden verzeichnet 63 111, davon waren 11 928 Vertriebsunfälle. Kollege Kbler erstattete darauf den Jahresbericht der Verwaltungsstelle Breslau. Die Einnahmen betragen mit den Zuschüssen aus der Hauptkasse 48 792,02 Mk., die Ausgaben 48 708,38 Mk., Bestand ist demnach 23 04 Mk. Mitglieder hat Breslau 610. Für 23 125 Krankentage wurden 44 845 Mk. Unterstufung gezahlt. Peerdigungsgebet 1869 Mk. Die Sterbefälle hat 101 männliche und 221 weibliche Mitglieder. Die Einnahme betrug 1381, der Bestand beläuft sich auf 1039 Mk. Dem Kassierer Kbler wurde Entlassung erteilt und der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Das Kassenlokal wird auf Beschluß der Generalversammlung ins Gewerkschaftshaus verlegt.

Zwangversteigerung des Hotels 'Ruffischer Hof'. Am 12. Juni fand vor dem hiesigen Amtsgericht Termin an zur Versteigerung des Grundstücks Reichstraße 20, wo das Hotel 'Ruffischer Hof' betrieben wurde. Das Grundstück war bisher Eigentum des Hoteliers Heinrich Gentelmann in Berlin-Schöneberg, der es an Frau Scholz in Breslau verpachtet hatte. Der Gebäudewertungswert des 1075 qm umfassenden Grundstücks betrug 20780 Mk. jährlich. Eine überaus große Zahl von Bietern, die Forderungen an die Hotelwirtschaft anzumelden hatten, war zum Termin an Gerichtsstelle erschienen. Der gemeine Wert des Grundstücks ist auf 420000 Mk. festgesetzt worden. Die Hotelbesitzer Konrad Schwabe und Helmut Tische in Breslau gaben auf das Hotel zu gleichen Teilen das Höchstgebot von 423000 Mk. ab und erhielten daraufhin den Zuschlag.

Unfall auf dem Spielplatz des Volkstindertages. Am Sonntagabend nach 7 Uhr ereignete sich ein Unfall an der Drahtseilbahn im Vergnügungspark. Ein junges Mädchen glitt an der Bahn herunter, ließ aber kurz vor dem Ende die Handgriffe los und sprang zur Erde. Ein Mann, der zur Bedienung da war, sprang hinzu um das Mädchen vor dem Falle zu schützen. In dem Augenblick löste sich die Rolle mit den Handgriffen vom Seil und fiel dem Manne gegen die Stirn. Er trug eine bedeutende Verletzung der Nasenwurzel davon, wurde von der Sanitätswache verbunden und begab sich vom Platze fort in seine Wohnung.

Schwere Unfälle. Am Freitagabend wurde ein Kutscher, als er vor dem Grundstück Matthiasstraße Nr. 187 einen Lastwagen bremste, von der ihm entlegenen Bremsanlage so schwer an ein Schienbein getroffen, daß Sanitätsleute herbeigerufen werden mußten, die ihn verbunden und dann in seine Wohnung auf der Rosenstraße schafften. — Auf dem Striegauerplatz wurde am Sonnabend vor-mittag ein Arbeiter von der Sonnenstraße durch einen Kohlenwagen, der ihm über einen Fuß fuhr, schwer verletzt.

Tauben gestohlen. Ein Taubenschlag auf der Schwertmstraße ist in der Nacht zum Sonnabend von einem Diebe erbrochen worden; er Raht daraus 9 Kapselbrot im Werte von 80 Mark.

Ein Pferd vom Rennbahn entlaufen. Am Sonntag vormittag ist aus den Stallungen der Rennbahn in Parklieb ein Fuchswallach mit Flecke an der Stirn entlaufen. Die nachmittags war es umöglich, irgend eine Spur von dem Tier zu entdecken.

Ein schlafender Mann auf dem Tische. Um seinen kräftigen Rausch, den er sich mittags angeeignet, unbeachtet und ungeführt auszuschlafen, hatte sich ein Einwohner des Hauses Siebenhufenstraße 42 durch die Dachluke aufs Dach geschlichen und sich dort niedergelegt. Vorübergehende Leute bemerkten den Schlafenden und bald waren viele Menschen zusammengekommen, die sich lebhaft und aufgeregt in allerlei Vermutungen über den sonderbaren Dachgast ergötigten. Schließlich kurz vor 5 Uhr entdeckte sich jemand, die Feuerwehrrer herbeizurufen. Das lautes Geklingel beim Herannahen war für den Dachschlüfer das Signal, schnell durch die Dachluke zu verschwinden.

Feuerwehrrhilfe gegen seine schimpfende Frau lief am Sonntag nachmittag kurz nach 2 Uhr ein Bewohner des Hauses Marchstraße 12 an. Er war freuzübel vom Mittagstrunk betrunken kommen. Seine Ehefrau verlangte von ihm Geld, und als er nicht geben wollte, schimpfte die Frau. Da entschloß sich der betrunkenen Herrmann, den nächsten Feuerwehrrer abzuziehen, um seine Frau unter dem Vorgeben, sie habe einen Tobuchtsanfall bekommen, von der herbeiziehenden Feuerwehrrmannschaft auf die Einbaumstraße lassen zu lassen. Sein Wägen ist ihm natürlich nicht nur mitgenommen, er wird wegen groben Unfugs auch noch einen empfindlichen Denzettel bekommen.

Brennender Baum. Am Margaretenbäum, der an schönen Sonntagen auch viel von Spaziergänger benutzt wird, hatte sich jemand nachmittags hinter einer alten hohen Weide eine Zigarre angezündet und entweder den glimmenden Zigarrenstummel oder das brennende Streichhölzchen in den Bodenraum der Weide geworfen. In der vierten Nachmittagsstunde brannte die Weide lichterloh und die Feuerwehrrer mußte hinauseilen, um das Feuer durch einen Eimer Wasser zu löschen.



### Obles Erben.

Der Direktor nimmt alle Schuld auf sich.

Der Direktor Wölfler, der ordnungsgemäße Führer der Jungdeutschlandbank in Breslau, er bekennt sich vor aller Welt, daß er die Aktiengesellschaft Obles Erben durch seine Spekulationen um 1/2 Millionen Mark geschädigt hat. Die Erklärung des Herrn Wölfler lautet:

Ich erkläre hierdurch, daß ich für die Firma G. H. Obles Erben A. G. in der besten Absicht, ihr zu Meinen, Spekulationskäufe in Jnn unternommen haben, die per heute einen Verlust von etwa 1/2 Millionen Mark im Gefolge haben. Ich erkläre weiter, daß ich diese Spekulationsgeschäfte vollständig aus eigenem Ermessen unternommen habe, und daß von Ihnen der Aufsichtsrat keine Kenntnis hatte. In dem dem letzteren vorgelegten Finanzausweis sind die aus den Spekulationskäufen sich ergebenden Obligos nicht aufgenommen worden.

Ich erkläre weiter, daß die vorgenannten Käufe der Meinung des Aufsichtsrates zuwiderlaufen, die dahin ging, daß Spekulationskäufe nicht getätigt werden sollten.

Breslau, den 12. Juni 1914.

Herrn Wölfler.

In dieser Erklärung des Direktors bemerkt das Berliner Tageblatt: „Nach gestern waren Mitteilungen verbreitet, nach denen Wölfler sich dahin geäußert haben soll, er habe stets freie Hand bei den Jnnkäufen gehabt, und es sei ihm dabei keine Befugnis durch den Aufsichtsrat auferlegt worden. Aus der letzten Erklärung geht deutlich das Bestreben hervor, den Aufsichtsrat zu entlasten. Ob dadurch der Aufsichtsrat von seiner Regresspflicht frei werden wird, ist eine andere Frage. Man kann sich nicht ohne weiteres vorstellen, daß bei sorgfamer Ausführung der Kontrollpflicht alle jenen Transaktionen, die mit so großen Engagements verbunden sind, dem Aufsichtsrat hätten entgehen können. Vor allem wird nun der Aufsichtsrat auch baldigt festzustellen haben, wie jett die finanzielle Situation der Gesellschaft ist. Im übrigen wird der Aufsichtsrat auch zu ermitteln haben, ob nicht die Vermögensüberschüsse von Wölfler es gestatten, ihm für den ihm angedrohten Schaden haftbar zu machen. Man vermehrt in der offiziellen Mitteilung eine Angabe darüber, woher die Mittel zur Durchzahlung der Jnn-Engagements gekommen sind.“

Das Berliner Tageblatt hat zweifellos recht; die so überaus verhängnisvollen Spekulationen des Direktors bleiben trotz aller Erklärungen immer noch rätselhaft.

### Technisch-industrielle Beamte.

Die Verhandlungen des schlesischen Gewerkschafts- und industriellen Beamtens nahen ihren Anfang mit einem Vortrag über den „Stillstand der Sozialpolitik“, den der Redakteur der Industriezeitung, Herr Schlich, am Sonnabend hielt. Leider hatten sich keine Breslauer Kollegen zu dem Vortrag am 1. Juni erschienen, was umso mehr zu bedauern ist, als die überaus lehrreiche und tiefgründige Ausführungen, die ihnen von einem der markantesten Köpfe der deutschen Arbeiterbewegung in formvollendeter Rede dargeboten wurde. Er wies auf die unzulässigen Anzeichen einer Rechtsverengung der Regierung in der Frage der Sozialpolitik hin, zeigte das Aufkommen einer neuen Menschheitstheorie auf deutschen Universitäten, die in Welter, Kohle, Weiß, Bernhardt ihre ernsthaften, in Ehrenberg und Benfien über anderen Vertreter findet. Punkt für Punkt widerlegte Herr Schlich dann die Einwände, die gegen die Fortführung der Sozialpolitik gemacht werden, die angebliche Ueberbürdung der Industrie, die moralische Korruption der Arbeiter durch Minderlohn, die enttäuschte Hoffnung auf Niederzwingung revolutionärer Strömungen und die Bedenken von der „vollen Kompatibilität“. Die Industrie hat sich bei ihrer Ueberlastung glänzend entwickelt, die Selbsthilfe der Massen ist nicht erloschen, Volkserziehung und andere Verbesserungen beweisen das Gegenteil, denn daß die revolutionären Gedanken nicht aussterben, arbeitet gerade die Regierung mit bestem Erfolg, und daß die Kompatibilität nicht voll ist, das wissen die Techniker am besten. Vergeblich warten sie auf ein neues Technikerrecht, auf Entlohnung, Arbeitskammern, auf den Ausbau der Sonntagsgesetze und die Reform der Konkurrenzlohn, auf Arbeitslosenversicherung und die Hechtbarkeit der Krankenkasse. Es scheint allerdings dem Unternehmertum mehr auf die Ausweitung seiner Herrschaft zu bedauern, denn auf die Rechte der Arbeiter. Der Redner schließt mit den Argumenten, die für die Fortführung der Sozialpolitik sprechen, in erster Linie ist das ununterbrochene Fortschreiten der industriellen Entwicklung. Seine Ausführungen interessierten, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen werden in der Debatte ergänzt durch die Mitteilung über die Verhältnisse in Ober-Schlesien und durch Vergleichen mit den sozialpolitischen Fortschritten Englands.

### Chirurgen beim Train — 12 Tage Mittelarrest.

Der Soldat Oskar Schliebs vom Schlesischen Trainbataillon Nr. 6 in Breslau wurde bei seiner eiblichen Angabe während der Stillstunde beim Streumachen früh um 1/2 Uhr vom Unteroffizier Josef Proschner mit dem Worten: „Sie können weiter sein und schneller machen, einmal laßt geohrfeigt. Später um 1/2 Uhr früh gab der Unteroffizier dem Mann, weil er ein im Stall herumrennendes Pferd nicht aufhielt, eine zweite kräftige Ohrfeige, nach der Schliebs Schreien und Schmerzen im linken Ohr hatte. Der Mann wurde sieben Tage ärztlich behandelt, es wurde geronnenes Blut im Ohr und eine bedeutende Schwellung des Hörvermögens festgestellt. Jetzt ist der Mann gesund. Vor dem Kriegsgericht der ersten Division in Breslau unter Vorsitz des Majors von Mellesentin wurde der Unteroffizier anlässlich der vorchristlichen Behandlung (der letzte, erste Schlag) und der Mißhandlung (die kräftige Ohrfeige) eines Untergebenen. Der Trainbataillon Kommandant, der Befehlshaber erzählte ihm um 1/2 Uhr, der Unteroffizier habe ihm eine Ohrfeige gegeben und er habe auch seine Fußschuerverletzung gegeben. Der Unteroffizier gibt zu, den Mann einmal um 2 1/2 Uhr geschlagen zu haben, der zweite Vorfall sei nicht passiert. Der Angeklagte, Kriegsgerichtsrat Schubert, betont, die höchsten Vorgesetzten sprechen es immer wieder aus, Unteroffiziere sollen sich der Mißhandlungen enthalten. Er beantragte für die vorchristliche Behandlung drei Tage Mittelarrest und für die Mißhandlung zehn Tage, insgesamt zwölf Tage. Der Vorsitzende, Richter Bretzner, beantragte die Verurteilung von der Mißhandlung und für die vorchristliche Behandlung eine milde Strafe. Der Unteroffizier sei in keinem „Dienstfehler“ zu weit gegangen. Das Kriegsgericht erklärte auf die vom Ankläger beantragte Strafe von zwölf Tagen Mittelarrest.

### Die Ober-Schiffahrt.

Der hiesige Schiffahrtsverein schreibt u. a. über die Ober-Schiffahrt vom 7. bis 13. Juni: Die Witterung ist wärmer geworden, blieb aber im allgemeinen im Gebiet der mittleren und hohen Ober-Fluten; die Gewässer mit kurzen Regengüssen mehr oder weniger, konnten aber erst gegen Ende der Woche den Wasserstand vorübergehend anheben lassen. Es handelt sich um

eine Schwache, kurze Welle, welche gerade geeignet ist, der letzten beladenen Schiffsahrt soweit im oberen Teile der Ober aufzuhalten, daß sie nicht ganz zum Stillstand kommt. Die Abfließungen im ganzen Meeres sind noch möglichkeit in dieser Woche fortgesetzt worden. Auf der oberen Oder, d. h. oberhalb der Weßmündung, beladen sich nach 350 schwer beladene Rähne mit einer Tauchtiefe von 1,30 Meter und 140 mit einer Tauchtiefe von etwa 1,20 Meter beladene Fahrzeuge. Von den letzteren ist zu hoffen, daß sie etwas weiter vorrücken. Unterhalb der Weßmündung bis vor Breslau, also bei Röhren, Ohlau, Rattow, liegen noch 135 schwer und 126 leichter beladene Fahrzeuge. Vor Breslau besteht kein Talraum.

Im Laufe der Woche wurde seitens der Strombauverwaltung nur gestattet ein Abfließen der Rähne mit einer Tauchtiefe von 90 Zentimetern aus dem Meeres Meeres. Die Bemerkungen der Schiffahrtsverwaltung bei dem gestrigen Wasserwuchs, eine Tauchtiefe von 1 Meter zugebilligt zu erhalten, waren bisher noch ohne Erfolg, vermutlich in der Bestätigung, daß die Wasserwelle nicht ausbleibe.

Im Vergleich sind Veränderungen gegen die Vorwoche nur insofern zu melden, als die vor den Schleusen liegenden Rähne sich um 210 Stück minderten, daß aber die Zahl der wartenden Rähne schon in den nächsten Tagen durch die von Ologau als abschließend gemeldeten Fahrzeuge sich wieder auf die Zahl von über 300 Stück erhöhen wird. Die nur mit einer Tauchtiefe von 1,10 Meter beladenen Fahrzeuge hofft man wenigstens mit dieser Tauchtiefe bei dem etwas angehaltenen Wasser in die oberen Stellungen zu bringen. Der Verkehr in Röhren-Safen wurde nur der geringen Beschäftigung wegen tagsüber aufrecht erhalten. Der Frachtenmarkt hat sich unter den vorliegenden Verhältnissen naturgemäß auch wenig oder garnicht verändert.

**\* Freiballonfahrt.** Der Ballon „Breslau“ ist Sonntag früh 8 Uhr 30 Minuten an der Gasanstalt III in Breslau aufgestiegen und um 4 Uhr nachmittags bei Tiefensfurt bei Liegnitz glatt gelandet.

**\* Ein Kind unter den Pferdehufen.** Am Sonnabend in der Mittagstunde führte ein Kutcher zwei Pferde an einer langen Leine die Hundsfelder Chaussee entlang. In der Nähe der Hundsfelder Brücke knallte er stark mit der Peitsche, das Pferd schaute, sprang zur Seite und riß ein fünfjähriges Mädchen um, das unter die Hufe des Pferdes geriet. Das Kind erhielt eine schwere Gehirnwunde am Bein und anschließend auch innere Verletzungen. Samariter der Feuerwache schafften das verunglückte Mädchen ins Allerheiligen-Hospital.

**\* Vermiss.** Wird seit längerer Zeit der 18 Jahre alte Lehrling M. Konecny (auch Dobelsch genannt). Der junge Mann ist etwa 1,80 Mt. groß, schlank, hat schwarzes Haar, gewelltes Haar, Anflug von Schnurbart, am linken Auge eine Narbe. Der Vermissliche, der sich in Breslau aufhalten soll, spielt gewandt Klavier und Geige. Er hat in seine Heimat berichtet, daß er hier jetzt Bootsmann sei. Angaben zu seiner Ermittlung werden nach Zimmer 47 des Polizeipräsidiums erbeten.

**\* Zusammenstoß zweier Kraftwagen.** Am Donnerstag abends früh fünf Uhr, Ecke Blücherplatz, ein Kraftwagen mit einem Postautomobil zusammen. Beide Wagen wurden etwas beschädigt. Menschen sind zum Glück nicht verletzt worden.

**\* Unfall eines vierjährigen Knaben.** Auf dem umgebauten Gelände an der Steinstraße geriet dieser Tage ein Knabe, der dort mit andern Kindern spielte, in ein etwa dreiviertel Meter tiefes Loch und erlitt Verletzungen an einem Schienbein; er wurde ins Krankenhaus Verheisa geschafft.

**\* Vergiftet hat sich am Sonnabend eine Postenstraße 73 wohnende Arbeiterfrau.** Samariter der Feuerwache Leuthenstraße überführten sie mit dem Krankenauto ins Allerheiligen-Hospital. Durch Auspumpen des Magens ist dort anscheinend alle Lebensgefahr beseitigt worden.

**\* Rechtzeitig erwacht!** In der Nacht zum Freitag war ein Kleiderhändler in der Rühlstraße eingeschlafen. Da nahnte sich ihm ein Kleiderer und verfuhrte ihm die Uhr aus der Tasche zu stehlen. Der Schlaf erweckte, hielt den Dieb fest, nahm ihm die Uhr wieder ab und übergab ihn der Polizei.

**\* Ladenbrand.** In dem Hause Bismarckstraße 9 entstand heute früh gegen 7 1/2 Uhr ein Brand in dem dortigen Schuhwarenladen. Es wird durch die Brand ein Loch nach dem Schornstein hindurchgestemmt und als einer der dabei beschäftigten Männer mit Licht in das Loch hineinleuchtete, kam er einem Karton zu nahe; dieser fing Feuer, das sich auf benachbarte Risten und Kartons ausdehnte. Die herbeieilende Feuerwehr löschte den Brand mit der Eimerspritze ab.

**\* Hoteldiebstahl.** Einer reisenden Dame, die sich in einem Hotel im Mittelpunkte der Stadt einquartiert hatte, ist von ihrem Gute eine Reihferber im Werte von 20 Mark abgeschmitten und gestohlen worden.

### Kunst und Wissenschaft.

#### Die literarische Zensur und der Goethe-Bund.

Der Vorstand des Goethe-Bundes hat sich mit dem Verbot des Rosenow'schen Schauspiels „Die unheimlichen Leben“ durch das Oberverwaltungsgericht beschäftigt und eine Resolution gefaßt, in der es heißt:

„Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, ganz besonders die Begründung dieses Urteils nötigt den Berliner Goethe-Bund, sich öffentlich gegen eine neuartige Rechtsprechung zu wenden, deren Eingliederung den Tod aller dichterischen Freiheit bedeuten würde.“

Das Oberverwaltungsgericht glaubt ein Zugehörndnis zu machen, indem es sagt: „Zwar fehlt es in dem Stück an groben Ausdrücken der Leidenschaft und überhaupt an äußerlich schroffen, als Störung der öffentlichen Ordnung sich darstellenden Handlungen und Reden.“ Nach dem Zusammenhang kann hier der Ausdruck „Störung der öffentlichen Ordnung“ kaum auf etwa zu befürchtende Erzeße des Publikums, sondern nur auf die im Stück geschilderten Vorgänge bezogen werden, und so stellt sich selbst dieser einschränkende Satz als eine schwere Verleumdung der Grundbedingungen poetischen Schaffens dar. Denn Ausbrüche der Leidenschaft und Störungen der öffentlichen Ordnung sind das ewige Thema der dramatischen Dichtung.“

Wie man aber auch diesen Satz auffassen mag, jedenfalls geht aus ihm hervor, daß in Text und Ton des Rosenow'schen Schauspiels ein ordnungspolizeilicher Anlaß zu behördlichem Einschreiten nicht gegeben ist. Das Urteil steht sich daher ausschließlich darauf an, Licht und Schatten der Charakterzeichnung zu kontrollieren, sich auf unerweisbare Mutmaßungen des Richters einzulassen und sogar aus der überraschenden und eindringlichen Wirkung einzelner Züge eine unerlaubte Tendenz zu folgern. Obgleich ausdrücklich festgestellt wird, daß in dem Stück die Arbeiter keineswegs einwandfrei erscheinen, sondern Fehler zeigen, wird behauptet, sie seien den Unternehmern gegenüber in ein zu günstiges Licht gestellt. Hier ist also dem Dichter die Freiheit der typischen und individuellen Charakteristik bestritten und die Strafe des Interzells eine offiziell genehmigte Ausgestaltung der Personen zum Gesetz gemacht.

Rosenow's Schauspiel schließt damit, daß Frau Ridel unter dem Eindruck der Katastrophe zur Bibel greift. Das Urteil gibt zu, daß dieser Zug durch den Charakter motiviert sei,

interpretiert aber dennoch, daß damit die Handlungswelt der Arbeiterfrau als „unverständlich und unverständlich“ gekennzeichnet werden solle. Hier wird demnach einem künstlerisch motivierten Charakterzug ohne weiteres eine unklare Nebenabsicht untergestellt.

Der Dichtung wird weiter zur Last gelegt, daß sie die Arbeitererschaft in unserer Literatur — ein Vorwurf, der folgerichtig an sich herablassend — ein Vorwurf, der folgerichtig an sich herablassend, jede historische Darstellung auf der Bühne unmöglich machen würde. Und zuletzt wird die Frage aufgeworfen, ob die angeblich tendenziöse Färbung bewußt vorgenommen sei, und durch den Hinweis darauf behauptet, daß der verstorbenen Autor als sozialdemokratischer Abgeordneter und Redakteur die Rechtslage kennen mußte. Also auch Person und Parteilichkeit des Dichters werden in die Urteilsgründe hineingezogen, obgleich der einzeln und allein über das Werk und seine objektive Gefährlichkeit zu entscheiden war.

Mit ganz analoger Begründung könnte man einen großen Teil unserer klassischen Schauspielliteratur, insbesondere die meisten Werke Schillers sowie alle modernen Dramen, die an die heftigen Probleme der Gesellschaft und des Staates rühren, verbieten. Gegen eine solche Rechtspraxis muß daher von Anfang an nachdrücklich Verwahrung eingelegt werden, und der Verline Goethe-Bund spricht die Erwartung aus, daß alle Freunde der Kunst und der Gedankenfreiheit sich diesem Protest anschließen werden.“

### Neueste Nachrichten.

#### Ein Schlag gegen die Elässer?

Berlin, 15. Juni. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ melden aus Straßburg i. E.: Wie unser Sonderberichterstatter mitteilt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach jene kaiserliche Kabinettsorder, der zufolge seit zehn Jahren 25% der reichstädtischen Rekruten in den Reichsländern selbst zu Fahne eingezogen werden, binnen kurzem aufgehoben werden. Tatsache ist jedenfalls, daß sie augenblicklich zum ersten Male außer Wirksamkeit getreten ist.

#### Schwerer Automobilunfall.

Berlin, 15. Juni. Ein schweres Automobilunglück hat gestern nachmittags in der Gartenstadt Frohnau zugefallen. Ein mit fünf Personen besetztes Automobil fuhr gegen eine Chausseebarriere und wurde vollständig zertrümmert. Die im Wagen sitzenden vier Personen wurden herausgeschleudert und wurden später belinungslos im Chausseeegraben angetroffen. Der Chauffeur kam mit leichten Verletzungen davon. Ein hinzugerufener Arzt stellte bei einem der Verunglückten den Tod und bei den drei anderen lebensgefährliche Verletzungen fest.

#### Der Flugapparat in der Zuschauermenge.

Deutsch-Ohlau, 15. Juni. In Gegenwart der städtischen und Militärbehörden fand gestern die Einweisung des Flugplatzes Deutsch-Ohlau statt. Mit der Einweihung war ein Schaufflegen dreier Offiziersflieger verbunden. Als der dritte Flieger, Leutnant Hartmann, startete, drängten die Zuschauer zu nahe an den Startplatz, so daß das Flugzeug nach kurzem Anlauf in eine Menschenmenge hineinstürzte. Eine Frau wurde lebensgefährlich verletzt, einem Knaben der Unterarm abgerissen. Außerdem erlitt noch ein Mann leichtere Verletzungen. Die Schauffläge wurden sofort abgebrochen.

#### Wahlreform und Ministerkrise in Dänemark.

Kopenhagen, 14. Juni. Der König hat sich bereit erklärt den Landsting aufzulösen, aber die Auflösung soll sich nicht auf die vom König auf Lebenszeit ernannten Mitglieder des Landsting erstrecken. Im Namen des Ministeriums erklärte darauf der Ministerpräsident Bohlen daß er an der Forderung festhalte, daß die Auflösung auch die lebenslänglichen Mitglieder umfasse. Sollte es nicht gelingen den König zu dieser Ansicht des Ministeriums und von der Notwendigkeit einer Gesamterneuerung des Landsting zu bekehren, dann sei das Ministerium nicht in der Lage, in seiner Amtszeit zu verbleiben.

#### Fünffacher Mörder der eigenen Kinder.

Kopenhagen, 15. Juni. In einem Unfall von geistiger Unnachtung hat gestern früh der Gutsherr Eörens in Windö seine fünf Kinder mit einem Revolver erschossen und sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf getötet. Die Kinder waren auf der Stelle tot, die beiden anderen erlagen nach kurzer Zeit ihren Verletzungen. Während der Ermordung der Kinder befanden sich die Frau und die Dienstmädchen auf dem Felde.

#### „Günstige“ Ausichten auf dem Balkan.

Wien, 15. Juni. Die Ausichten auf eine friedliche Beilegung des griechisch-türkischen Konflikts sind nach Informationen aus hiesigen diplomatischen Kreisen durchaus günstig. Die Beantwortung der griechischen Note durch die Türkei dürfte bereits in den nächsten Tagen erfolgen. Sie wird einen durchaus persönlichen Charakter tragen, so daß in Aussicht steht, daß der Konflikt im Laufe dieser Woche auf friedlichem Wege beigelegt sein wird. Diese günstige Wendung der Dinge ist in der Hauptsache den Vertretern der Großmächte in Konstantinopel zu verdanken. Die Worte hat sich bereit erklärt, die Ausweitung der Griechen zurückzunehmen und Schandenherz zu leisten, Maßnahmen, durch die die griechische Regierung vollkommen zufriedengestellt ist.

#### Der Gypfzug in der Viehherde.

Paris, 15. Juni. Bei Rogieres im Departement Meurthe-et-Moselle war aus Versehen die Schranke eines Bahnhofs überaus offen gelassen. In dem Augenblick, als eine Gypfherde über den Bahndamm hinweggetrieben wurde, brante die Gypfherde auf Galais heran. Der Zug fuhr mitten in die Herde hinein und tötete neun Tiere. Der Zug konnte nach kurzem Aufenthalt seine Fahrt fortsetzen.

#### Ein scharfer Schuß auf dem Kaiserhof.

Reims, 15. Juni. Während eine Kompanie des 16. Infanterie-Regiments auf dem Kaiserhofe Schießübungen im Platzpatronen abhielt, faulle plötzlich am Kopfe des leitenden Offiziers eine Kugel vorbel. Es stellte sich heraus, daß ein Soldat aus Versehen einen scharfen Schuß seiner Patronenlade behalten und denselben verfeuert hatte. Der Soldat wurde mit acht Tagen Gefängnis bestraft.

#### Sechs Personen vom Blitz getötet.

London, 15. Juni. Gestern nachmittags brach ein schweres Gewitter über London herein. Im Park von Wandsworth wurden sechs Personen vom Blitz getroffen und tödlich verletzt.







**Zusidenenänder.**

In dessen Nichtberatung mit Recht eine Pflichtverletzung des Landtags erklärt wird, beschloß bereits der Breslauer Freidenker Tag, die Waischen große Sammen zur Förderung der Arbeiterbewegung bewilligt haben. (Abg. Bausch (Ztr.): Vorsitzende der Sozialdemokratie) Alles, was Ihnen nicht in den Sinn paßt, alles, was vernünftig ist, nennen Sie sozialdemokratisch! — Was kann recht sein! Das Petitionsrecht des Volkes steht bei dieser Geschäftsführung des Landtags ebenfalls auf dem Papier. Für das Wahlrecht haben Sie keine Zeit, für die Befreiung des Gewissenszwangs auch nicht, auf das Petitionsrecht des Volkes wird hier gepfiffen, nur für Regierungsverordnungen, zur Vertretung Ihrer Interessen haben Sie Zeit. (Großer Lärm rechts). Die Fragen, die das Volk tief aufwühlten, wollen wir auf die Tagesordnung gesetzt sehen. Von Sie es nicht, kann beweisen Sie, daß Sie das Volk verhöhnen und verspotten. (Lärm, Weisfall b. b. Soz., Lärm rechts, Ordnungsruf des Präsidenten).

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.) protestiert „namentlich der bürgerlichen Mitglieder des Hauses“ gegen diese Rede Hoffmanns. Wir haben unsere Pflicht getan und getan, ehe noch die Sozialdemokraten hier hereinkamen und die Geschicke des Landes sich dabei nicht schlecht gefahren. Eine Belehrung von den Sozialdemokraten lehnen wir ab. — Die bürgerlichen Parteien haben sich geäußert, in der nächsten Woche nicht 5 Materielles mehr zu erledigen. Wir sitzen seit 5 Monaten hier und eine Anzahl von uns hat auch noch etwas anderes zu tun. Das Haus ist nur noch schwach besetzt, da ist es nicht richtig, schwierige und zweifelhafte Dinge zu erledigen. Herr Hoffmann wird sich mit seinen wichtigen Fragen der Zusidenenänder und des Wahlrechts begnügen müssen, bis auf den Herbst zu warten, um dann die ihm gebührende Antwort zu bekommen. (Gr. Weisfall rechts.)

Abg. Dr. v. Campe (Nat.) protestiert ebenfalls gegen die Rede Hoffmanns, bemerkt, daß es seiner Partei mit der Verhandlung dieser Fragen ernst sei, aber sie wolle parteipolitischen Bestrebungen nicht dienen, und um die nötige Zeit zu gewinnen, müßten kürzere Reden gehalten werden.

Abg. Dr. v. Hoffmann (Soz.): Wer hat denn hier agitatorische Reden gehalten, als v. v. Dieckhoff haben, und heute erst hat der freiliberale Graf Woltke eine übermäßig lange Rede gehalten. Nicht betreten wollte ich, sondern darstellten, was nach unserer Überzeugung der Ansicht des Hauses ist. Können wir doch mindestens noch die Tage aus, die wir zur Verfügung haben. Wir müssen wohl mehr für unser Volk arbeiten, als die Konservativen, wir verlangen nicht, daß die Session verlängert werden soll, aber es ist unsere Pflicht, die Tagungszeit auch auszunutzen. Die bürgerlichen Parteien werden doch wohlwollend hier sein, um die allerhöchste Politik in Empfang zu nehmen. (Stille b. d. Soz.). Oder meinen Sie, daß alle ausstehen, um ihre Kohlenarten herzuführen, damit sie bunte Reiseweisen bekommen? (Lärm rechts, Ordnungsruf des Präs.). Wegen unwürdiger Unterstellungen. Eine zweifelhafte Frage ist uns das Wahlrecht nicht, aber man darf das Volk nicht immer tiefer hinhalten und ihm das Petitionsrecht illusorisch machen. Wenn es agitatorisch ist von der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart zu sprechen, die Partei ist doch von sehr hoher Stelle auszugehen und wir verlangen, daß ihr keine Geleitet wird. (Bravo b. d. Soz.)

Abg. Lippmann (Soz.): Wir haben uns in dem letzten Parteitag mit der Beratung der Wahlrechtsfrage einverstanden erklärt, die ja erst letzten hier bestritten wurde, und wie wir erwarten, im Herbst vor einem stärker besetzten Haus behandelt werden wird. Die Reden und Rede des Abg. Hoffmann müßten wir auf äußerste. (Weisfall bei den bürgerl. Parteien.)

Auf Antrag Herold (Z.) wird die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen, in persönlichen Bemerkungen setzen sich die Abgeordneten Hoffmann (Soz.) und Lippmann (Soz.) noch auseinander. — Bei der Unterstufungsfrage erheben sich für den Antrag Hoffmann nur die Sozialdemokraten, es bleibt somit bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Schluß nach 1/2 Uhr.

**Neunter Verbandstag des deutschen Transportarbeiterverbandes.**

Köln, 12. Juni 1914.  
Fünfter Verhandlungstag.

Die Sitzung schloß sich mit den zum Statut gestellten Anträgen. Die Anträge, die auf Einführung einer Umzugsunterstützung abgestellt sind, wurden abgelehnt. Tagesordnung wird beschlossen, der Paragraf, der vom Rechtsrat handelt, erhält wieder Lösung. — Unzulässiger Rechtsrat wird abgelehnt bei Differenzen, die aus dem Arbeitsverhältnis (Vertragsverhältnis) oder in be-

zug ohne Führer. Als Sonnabend morgen auf dem Köln-er Militärflugplatz Ostwesthof ein Flughändler den Motor seines Flugzeuges zu einem Aufstich in Tätigkeit setzte, flog das Flugzeug, ehe er Platz genommen hatte, in der Richtung nach Köln davon und ging in der Nähe des Forts Nr. 6 in Deckstein bei Köln nieder. Soldaten aus dem Fort eilten herbei, in der Annahme, daß ein Flieger verunglückt sei. Das Flugzeug hatte sich mit der Spitze in den Boden eingeklopft, doch hat es neben einem Propellerbruch keine weiteren nennenswerten Beschädigungen erhalten.

Unfallfälle im Furtaltunnel. Im Furtaltunnel der Bahn Brüg-Andermatt-Prémis (Schweiz) ereigneten sich zwei schwere Unfallfälle. Auf der Urner Seite stürzte der Hauptstollen wegen des brüchigen Gesteins auf 14 Meter Länge ein. Ein Loter wurde bereits geborgen; ob und wie viele Arbeiter von der Außenwelt abgesperrt oder vom Schutt begraben worden sind, ist zur Stunde noch unbekannt. Etwa zu derselben Zeit, wo sich das Unglück ereignete, fuhr auf der Balliser Seite ein Wagen in eine Arbeitergruppe und verletzte vier Personen schwer. Der Tunnelunternehmer Ferroni und der Tunnelbauleiter Ingenieur Rothpletz leiten persönlich die Rettungsarbeiten.

Meuterei im Juchthaus. Im Juchthaus zu Figueras (Spanien) ist eine Meuterei ausgebrochen, während die Truppen und ein Teil des Personals an der Fronteinsamlungszugung teilnahmen. Die Meuterei griffen mit Messern und Revolvern bewaffnet die Angehörigen an. Der Direktor wurde durch eine Kugel in den Kopf getötet, zwei Angestellte wurden schwer verletzt, neun Gefangene leicht. Die Truppen stellten die Ordnung wieder her. Die Räublerführer der Meuterei wurden in Ketten gelegt.

Tod durch elektrischen Strom. In Büllschow (Pommern) verunglückte der im Elektrizitätswerk beschäftigte Obermonteur Brandenburg tödlich dadurch, daß er der elektrischen Leitung zu nahe kam.

Aus der französischen Fremdenlegation gestrichelt. Sechs Mitglieder der Fremdenlegation, die zu einem Fest früherer Legionäre nach Algier gekommen waren, benutzten die zufällige Anwesenheit des brennenden Dampfers „Seydlitz“ im dortigen Hafen, um den Versuch zur Desertation zu machen. Dieser gelang infolgedessen nur zwei von ihnen, einem Belgier und einem Österreicher, die anderen wurden von den sie verfolgenden Patrouillen eingeholt. Der „Seydlitz“ ist nach Genoa weitergefahren.

Verweigerung Ausbruch aus dem Gefängnis. Der Schlossermeister Peter Gutermuth in Kassel, ein vielfach vorbestrafter, höchst verzweifelter Einbrecher, war mit einem Spießgesellen von der Strafkammer in Kassel wegen vierzehn Einbruchsdiebstählen usw. zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt worden. Weil die anderen Zellen überfüllt waren, wurde er in die weniger bemittelte Zelle neben dem

rechtigste Wohnraum der Verbandskassen erhalten sind, sowie in solchen, die sich aus Anträgen der Mitglieder auf Grund der Verfassungsgebung ergeben, ferner bei Streitigkeiten mit beschließenden Organen, die in Ausübung der beruflichen Tätigkeit entstanden sind (Anfragen wegen Uebertragungen etc.).

Zur Erwerbslosenunterstützung wird beschlossen: „Die Erwerbslosenunterstützung darf innerhalb fünf aufeinanderfolgenden Beitragsperioden a 60 Wochen insgesamt nur dreimal in voller Höhe ausbezahlt werden.“

Ferner wurde beschlossen: „Vom Bauarbeiterverband überleitenden Mitglieder Frauen in den Monaten Januar und Februar nur dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben, wenn sie bis 1. Januar 26 Wochenbeiträge in unserem Verband geleistet haben.“

Bei Streiks und Ausperrung von mehr als vierwöchentlichem Dauer kann den beteiligten Mitgliedern ein Vorkaufschuß gewährt werden.

Ferner soll der Vorstand berechtigt sein, bei Abwehrstreiks, Aussperrungen oder Wohnregelungen auch jenen Mitgliedern, die noch keine 12 Wochenbeiträge bezahlt haben, Unterstützung zu gewähren. Ueber deren Höhe soll von Fall zu Fall entschieden werden. Doch dürfen Kollegen, die zwei Organisationen angehören, nur von einer Unterstützung beziehen.

Die Delegation wird insoweit geändert, als beschlossen wird, daß für Verwaltungsstellen mit über 5000 Mitgliedern das Delegatensystem einzuführen ist.

Bei Kündigung von Tarifverträgen soll in Zukunft die Zustimmung des Verbandsvorstandes Bedingung sein.

Ein Antrag, daß die Anstellung von Beamten durch Mitglieder zu erfolgen hat, wird abgelehnt.

Einige ganze Anzahl Anträge, die das Reglement des Unterstufungsvereins betreffen, werden dem Vorstand zur Erwägung überlassen. Desgleichen jene Anträge, die sich auf Verbesserung von Informationsmaterial beziehen. Die Anträge auf Vereinigung mit anderen Organisationen werden dem Vorstand zur Weiterbehandlung empfohlen.

Die Anträge auf Branchenkonferenzen werden gleichfalls dem Vorstand zur Berücksichtigung übergeben. Die Anträge auf Aufhebung der Baufondsbeiträge wurden abgelehnt. Beschlossen wird dagegen, daß reisende Baufondsmänner von Unterstützungen in Bezug gebracht werden können. Nachdem noch eine Reihe redaktioneller Änderungen zum Statut beschlossen, wurde in die Vorstandssitzung eingetreten und der bisherige Vorstand wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt Magdeburg und wird Südde als Vorsitzender wiedergewählt.

Die am Freitag vorgenommene Abstimmung über die Erhöhung und Staffelung der Beiträge ergab, daß die 127 Delegierten, die mit Ja stimmten, 13733 Mitglieder vertreten, die 51 Delegierten, die mit Nein stimmten, vertreten dagegen nur 7354 Mitglieder.

Der nächste Verbandstag soll im Jahre 1916 in Stuttgart abgehalten werden.

Das neuveränderte Statut soll mit dem 1. Juli d. J. in Kraft treten.

Dem vorstehenden Genossenschaftsstatut wurde unter Annahme einer Erklärung nach heftiger Debatte zugestimmt. Nach einem kurzen Schlußwort des Redners Dr. Ring-Berlin waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

**Verbandstag der Schuhmacher.**  
Hamburg, 13. Juni.  
Vierter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Anträge zum Statut wurde wieder aufgenommen. Auf Antrag des Hauptvorstandes wird die auf dem letzten Verbandstag in Dresden beschlossene Jugendklasse wieder aufgehoben, weil die Erfolge nicht den Erwartungen entsprechen. Beschlossen wurde, daß alle Mitglieder, deren Wochenverdienst 12 Mark nicht übersteigt, der ersten Beitragsklasse angehören dürfen. Ein weitergehender Antrag, der auch für die zweite und dritte Beitragsklasse eine Beidienstarbene festsetzen wollte, wurde abgelehnt. Wöchnerinnen, die keine Unterstufung erhalten, weil sie entweder noch nicht unterstufungsberechtigt oder aber bereits ausgemeldet sind, sind fernerhin von der Niederkunft bis zur Erwerbsfähigkeit von der Beitragsleistung befreit. Alle Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen fielen unter den Tisch. Eine lebhafteste Debatte wurde durch einige Anträge hervorgerufen, die verlangen, daß auch beim Ableben der Mitglieder Sterbegeld bezahlt werden solle. Der Vorstand wandte sich heftig dagegen, da eine Kontrolle darüber, ob der Verstorbene Dritte unterstützt hat, nicht möglich sei. Die Anträge wurden schließlich abgelehnt. Die Zahlstelle Wiesbaden wollte einen zweiten

Schmutzgerichtssaal im zweiten Stockwerk untergebracht. Die kurze Zeit des Alkohols bemerke nun Gutermuth dazu, mit Hilfe eines im Verzug von einem Helfer zugestrichelten Werkzeuges die Riegel des mit dicken Eisentüren versehenen Zellenfensters aufzubrechen, sich auf die Brüstung zu schwingen und in halbschweiberischer Weise den Sprung aus 36 Fuß Höhe in den Hof hinab zu wagen. Unten ist er auf Buchmel und Hain aufgeschlagen, anscheinend ohne schwere Verletzungen davonzukommen, und trotzdem das Justizgebäude sowie das daneben anliegende Reiterregimentgebäude von oben bis unten voll Beamten waren, über den Hof gelaufen und durch den Lärmweg am hellen Nachmittag ungeschädelt und ungehindert entkommen.

Hafenbrand in St. Pauli. Drei große Kois mit Speichern, die kürzlich vom Harentrust bei Millers Point errichtet und vom Norddeutschen Lloyd und zwei englischen Schiffahrtsgesellschaften gepachtet worden waren, sind vom Feuer zerstört worden, wobei auch eine Menage Wolle verbrannt ist. Der Verlust wird auf mehr als 100 000 Pfund geschätzt.

Die Unfallstatistik der Leuchtkörper. Einen interessanten Ueberblick über die Zahl der Unfälle, die in der Zeit vom 26. Dezember 1913 bis zum 15. Februar 1914 durch die verschiedenen Arten von Beleuchtung hervorgerufen worden sind, veröffentlicht die „Revue des Eclairages“, um auf Grund dieses Verzeichnisses festzustellen, welche Beleuchtungsart die meisten Gefährlichkeiten birgt. Danach haben die Mineralöllampen 99 Unfälle hervorgerufen, darunter 48 Brände mit 37 Todesfällen und 53 Verwundungen; auf das Gas entfielen 27 Unfälle mit 16 Bränden, 20 Toden und 16 Verwundungen, das Leuchtöl 43 Unfälle mit 31 Bränden, 12 Toden und 16 Verwundungen, der Alkohol 19 Unfälle mit 18 Bränden, 7 Toden und 12 Verwundungen, und schließlich das Acetylen 9 Unfälle mit 2 Bränden und 14 Verwundungen. Daraus ergibt sich, daß sowohl nach der Zahl der Unfälle wie nach Anzahl der Opfer das Mineralöl als die gefährlichste Beleuchtungsart anzusehen ist.

Keine Rettung. — Der „Mittelpunkt Deutschlands“. Mit was für törichtem und zwecklosem Zeug sich oft die sogenannten „amtlichen Stellen“ abgeben, ersieht man aus der erschlatternden Mitteilung, daß es ihnen nunmehr nach äußerst sinnreichen und anstrengenden Versuchen gelungen ist, den geographischen Mittelpunkt des Deutschen Reiches festzustellen! Er liegt — wiewohl ein kaum zu erwartendes Glück — in Preußen! Der Provinz Sachsen ist dieses Heil widerfahren, und der befehligte Gemeindevorstand des Dorfes Krings im Kreise Viefelsfeld, das den gesuchten Punkt umschließt, will umgeben an diesem „Mittelpunkt Deutschlands“ einen Gedenkstein errichten! Hoffentlich wird man der kommenden Welt demnachst verkünden, welchen wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Wert die Feststellung dieses Punktes hat, mit der einige Dutzend Gehemüts- und technische Hilfsarbeiter wahrscheinlich wieder dverze Monate müßiger Zeit und teuren Gemeingeldes toteschlagen haben.

besetzten Vorstände ange stellt wiffen, die Mehrheit des Verbandstages erklärte sich gegen diesen Antrag. Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es wegen eines in letzter Stunde vom Verbandsauschuß eingebrachten Antrages, wonach die Revision des Hauptvorstandes an den Ausschuß zu berichten. Siman be kämpfte die geplante Kompletterweiterung; der Ausschuß sei eine Beschwerde, aber keine Revisionsinstanz. Nach lebhaftem für und Wider wurde der Antrag abgelehnt. Dasselbe Schicksal hatte ein Antrag des Vorstandes, ein unbefoldetes Vorstandsmitglied zu den Verbandstagen künftig zu entsenden. Das Wahlreglement erhielt eine Abänderung dahin, daß fernerhin auf 50 Mitglieder ein Delegierter zum Verbandstag, bis 100 zwei Delegierte, für jedes weitere Hundert ebenfalls ein Delegierter kommt; jedoch darf ein Ort nicht mehr als vier Mitglieder delegieren. — Das abgeänderte Statut tritt am 1. Januar 1916 in Wirksamkeit.

Die leitenden Mitglieder des Vorstandes, des Ausschusses und der Redaktion wurden einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Verbandsauschusses verbleibt in Magdeburg.

Nach einer feierlichen Schlußrede des Verbandsvorsitzenden ging der 15. Verbandstag unter dem Gesange der Arbeitermarxellaise auseinander.

**Das Parlament der organisierten Konsumenten.**

11. Ordentlicher Genossenschaftstag  
des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.

Bremen den 14. Juni 1914.  
Die Eröffnung.

Der Genossenschaftstag trat heute nach 8 Uhr abends in seinem mit Zinnen und Bannern reichgeschmückten Kongresssaal, der Zentralsalle, zusammen. Anwesend sind etwa 850 Delegierte. Die ausländischen Genossenschaftsverbände haben eine Reihe von Vertretern entsandt. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist vertreten durch Umbreit und Knoll, die Zentralverbände der Handlungsgeschäften, der Transportarbeiter und Bäcker sind gleichfalls vertreten.

Nachdem der Arbeitergenossenschaftsverein Bremen den Genossenschaftstag mit den Chören „Die Sonne erwidert“ aus Webers „Preislos“ und „Gold graut der Tag, den Morgen zu verkünden“ aus Mozarts „Jaubersilde“ begrüßt hatte, erklärte im Namen des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes Konrad Barth-München den Genossenschaftstag als eröffnet. Er teilte mit, daß der Reichstagen auf die Einladung geantwortet hat, daß die Geschäfte leider eine Delegation nicht gestatteten. (Zuruf: Natürlich!) Dagegen hat der Senat von Bremen den Syndikus Dr. Kapp zu den Verhandlungen entsandt. (Bravo!)

Hierfelder-Bremen hieß dann die Erschienenen im Namen der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ und ihrer Träger, der organisierten Arbeiter Bremen, herzlich willkommen: Einen Vertreter der liberalen Bürgerchaft werden Sie hier nicht begrüßen, denn das Bürgerclum ist der Meinung, daß hier doch doch eine sozialdemokratische Veranstaltung tage, dagegen hat die Bürgerchaft beschlossen, einen Delegierten — zum Deutschen Schornsteinfegerverbandstag zu entsenden, der morgen hier zusammentritt! — Der Redner würdigt dann die Bedeutung Bremens für den Handel und die Industrie und gibt einen Ueberblick über sehr interessanten Geschichte der Bremer Konsumvereinsbewegung.

Darauf folgen die Begrüßungsaussprachen der ausländischen Delegierten. Sie alle bringen die besten Wünsche ihrer Genossenschaften zum Ausdruck und geben einen Ueberblick über den Stand der Genossenschaftsbewegung in ihren Ländern. Besonders bemerkenswert war die Entschiedenheit, mit der die englischen Delegierten betonten, daß die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter und ihre internationale Verbindung der Völkerverehrung entgegenwirft.

Im Namen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sprach Paul Umbreit: Seit fast einem Jahrzehnt besteht zwischen den Zentralen der deutschen Genossenschaften und Gewerkschaften ein Zusammenwirken, das sich keineswegs auf die gegenseitige Beschickung von Kongressen beschränkt, sondern bereits eine ganze Reihe wirklicher Erfolge für beide Teile erzielt hat. Wir haben Vereinbarungen für die Behandlung der am gleichmäßig interessierenden Fragen abgeschlossen, die Arbeitsverhältnisse einer ganzen Reihe von Angelegten und Arbeitern der Konsumvereine und der genossenschaftlichen Eigenproduktionen sichtlich geregelt, wir haben ein Tarifamt geschaffen und für die Befundung der Volksversicherung die „Volksfürsorge“ errichtet, die berufen sein wird, das Bündnis zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften für alle Dauer zu befestigen. Wir hoffen, daß es auf dieser Bahn gemeinsamen Wirkens keinen Halt geben wird. Nach viele große Aufgaben auf den Gebieten des Versicherungswesens, der Aufhebung von Arbeiterrisikofassen und Organisationsgeldern, der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau, der Schaffung von Bildungsstätten, Speisehäusern, Erholungsheimen und Volksparks sind vorhanden, die von der vereinigten Kraft der großen Kulturbewegung des arbeitenden Volkes ihrer Lösung harren; diese Aufgaben mahnen uns immer aufs neue daran, auch künftig einig zu sein. (Stürmischer Beifall.) Gewerkschaften und Genossenschaften sind dem gleichen Boden anspringen, der Ausbeutung des Arbeiters als Produzent und Konsument, beide Bewegungen werden von den Fabrikanten und Händlern mit Maß, von den Behörden mit Schikanen, von der Gesetzgebung mit Entrechtung bedroht. Und doch haben Gewerkschaften und Genossenschaften so Großes für die Befundung, für die Befundung und Befundung der Arbeiter als Gütererzeuger und Güterverbraucher, als Staatsbürger und Steuerzahler getan, mehr als ihre gesamten Gegner zusammen. (Stürmischer Beifall.) Sie haben aus dem Deutschland als Auswanderungsland ein Deutschland als Beifall der Nationen gemacht, sie haben den Arbeitern die Sonne des Vaterlandes zurückerobert, und sie zur Mitarbeit in der Gemeinde und im Staat erzogen; sie haben gesunde Lebensbedingungen für Millionen geschaffen und der Gesellschaft neue Wege gezeigt, um weitere Millionen der Not zu entziehen. Wenn das unser Verdienst ist, so tragen wir mit Stolz die gemeinsame Schuld, die uns für kommende Geschlechter der schönste Ehrentitel sein wird. (Stürmischer Beifall.) Es gibt keinen Gegenjah zwischen den Arbeitern der Produzenten und Konsumenten, ich erkläre das auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen und in der Eigenproduktion, die wiederholt Erörterungen ausgelöst haben. Sorgen Sie dafür, daß auch in Zukunft immer im rechten Augenblick das rechte Wort zur Verständigung erfolgt, daß Fragen, die hier und da noch Zwifaltigkeiten auslösen, in beiderseitigem Interesse geregelt und daß die großen Aufgaben, die unserer harren, auf beiden Seiten durch freudige Eingabe zur vernünftigen Lösung geführt werden. Das erfordert das Gesamtwohl des arbeitenden Volkes. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Darauf berichtete Lorenz über den internationalen Genossenschaftstag, dem 8 Millionen Mitglieder, also 30 bis 40 Millionen Menschen, angeschlossen sind. Er sprach dann über den Glasgower Kongreß, dem gegenüber ein ganz anderes Verhalten der Behörden zutage trat, als gegenüber dem Deutschen Genossenschaftstag. Der internationale Genossenschaftstag muß die richtigen Grundzüge befolgen, wie sie in der Hamburger Resolution niedergelegt sind, nämlich er muß antikapitalistisch sein, die Organisations der Konsumenten umfassen, zur Eigenproduktion führen und sein Ziel muß die Befundung des geistigen und materiellen Wohls des arbeitenden Volkes sein.

Darauf wurde die Vorbereitungsversammlung geschlossen. Die nächsten Verhandlungen begannen Montag früh.



# Schlesien und Posen.

## Ein konservatives „Volksfest“.

Den Agrariern scheint besonders der „rote Winkel“ des Vorderberges Kreises sehr am Herzen zu liegen, und wer sich der letzten Reichstagswahl erinnert, der weiß auch, warum. Trotz der Mächtigkeits der Einwohner, die noch überdies den Großgrundbesitzern mit Haut und Haaren ausgeliefert sind, zählte man in Adnigwille und Umgebung über 60 sozialdemokratische Stimmen. Kein Wunder, daß den Herren des Kreises etwas warm wird. Sie sind sich der Liebe ihrer Leute doch nicht mehr so ganz sicher.

Wer gerade in dieser Gegend haben sie recht brauchbare Landarbeiter. Der Pächter Nikolaus aus Wukowina ist außerordentlich tüchtig für die hiesige Sache der Ämter. Außerdem aber haben sie sich noch für schweres Geld einen Parteiführer angeworben, dessen Hauptaufgabe es ist, in diesem Kreise zu wirken. Und dieser Mann ist ein gewaltiger Vorkämpfer. Das „Volksfest der Konservativen“, das am Sonntag in Wukowina abgehalten wurde, hat er und sein Freund Moska ausgeheckt. Die großen Grundbesitzer gaben das Geld dazu, der Landrat versprach, mit dabei zu sein und selbstverständlich fehlte auch der Wärrer nicht.

Die übrige Klasse des Herrn Neumann erstreckte sich über den ganzen Wahlkreis. Was legend mäßig, wurde gemacht sogar Sonderzüge verpackt man den Teilnehmern. Aber, wie es manchmal bei herrschaftlichen Versammlungen vorkommt: sie blieben aus. Dafür aber gab's Medien! Nicht weniger als 40 Mann rissen den Mund auf. Moska, der bekannte und sehr politische Pächter des Hofes, gab auch etwas zum Besten. Die jungen Redensarten von Gott, Maria und Vaterland kamen ihm wie geist. Merkt, der „Vertreter“ des Kreises im Reichstagswahlkreis, hat eine recht schöne, politische Rede, in der er ersten Grades behauptet, daß in England der Freihandel nur deswegen nicht eingeführt worden sei, um die Udhne der Arbeiter zu drücken. Das Gegenteil ist richtig. Der Lohn des englischen Arbeiters ist weit höher als der des deutschen. Man priest er die Konservativen als geborene Schützer des Mittelstandes. Hat der Kluge denn wirklich noch gar nichts von den Vorzügen des freien Handels in Waidenburg und von dem „Juden“ Wertheim gehört, in dessen sauberes Geschäft die hiesigen Hohenlohe, Donnersmarck und Hirschberg Millionen reinstecken? Aber Merkt ist Reichstagswahl und weiß sehr gut, was er seinen Leuten erzählen kann. Darum konnte er auch behaupten, daß unsere Arme die demokratischste Einrichtung der Welt sei. Deshalb haben sich die Soldaten auch so oft von einzelnen Vornehmten küssen und quälen lassen! — Natürlich sollte auch die Begegnung mit dem inneren Feind nicht, der den armen Bauern das blickende Eigentum wegnimmt.

Spania war, daß der erste Brante des Kreises, der Landrat, dem Volksfest eine ausgeprägt politische Ausrichtung gab, indem er sagte: „Um Ihnen zu beweisen, daß die konservativen Partei eine Volkspartei ist, haben wir dieses Volksfest veranstaltet.“ Und dann folgte natürlich eine Anrede der Sozialdemokraten und Liberalen. Hauptsächlich hat der Herr Landrat seine politische Versammlung vorher genehmigt, sonst muß er sich nachträglich noch selbst bestrafen.

Der letzte Redner war Herr von Korn. Besonders gab er nachschärflich nicht zum Besten. Graf Melchiorbach ließ nicht selbst zum Volke herab. Er schickte bloß ein Telegramm.

Man sieht, ein schmerzliches „Volksfest“. Da steht ein Gutsherr, ein Rechtsanwalt, ein Landrat und ein Gutbesitzer an's Kästchen und erzählt dem armen Bauern, dem Gärtner und Landarbeiter die sonderbarsten Geschichten. Sie sind ganz Liebe und Freundschaft, heute wenigstens. Morgen kommt wieder etwas anderes. — Ja, liebe Hühner predigen den Wünschen, die sie nachher zerreißen. Das ist ein Fest der Ämter, zu dem der Bauer „auf Befehl“ tanzen darf.

Die Feste der Arbeiter sehen etwas anders aus. Da spricht der Arbeiter zu seinen Brüdern. Da versteht man sich auch und hilft sich zu einander geduldig. Das konnte man bei diesem Minibank nicht merken. Es war eben nichts anderes, als ein arbeiterlicher Versuch, die Armen auf dem Lande einzufassen. Das ist kein Fest, sondern ein Trauerspiel, über das sogar der Himmel weinte, schwere langanhaltende Gewittertränen.

**Brieg, 15. Juni.** Aus dem Stadtparlament. Die letzte Stadtvorordneten-Versammlung nahm Kenntnis von der außerordentlichen Revision der Sparkasse und Beschließung der Räumungsgüter und -Forderungen. Seit einiger Zeit wird hier erthopädagogischer Turn-Unterricht erteilt; weil die Stundenzahl vermehrt, und die Zahl der Schüler erhöht werden soll, werden 200 Mk. bewilligt. Weitere 200 Mk. werden zur Anschaffung von Schwimmgeräten zur Erteilung von Schwimmunterricht in der Schule bewilligt. Aus Sparkassen-Überschüssen sollen 1800 Mk. an Kriegsveteranen verteilt werden. Stadtv. Albrecht will, daß nur unbestimmte die Unterstützung erhalten. — Für Unterhaltung des Siechenheims werden 3000 Mk., und für Sparprämien für Dienstboten 300 Mk. bewilligt. — Den Anliegern der Bogaustraße werden die Kosten der Bürgerreiß-Verbesserung von 50% auf 30% ermäßigt. Zur Anlegung der Gasleitung und Hydranten auf der Kreiswärrerstraße werden die Kosten bewilligt. Das 2. Stadtwort des Schulhauses auf dem Sperlingsberg wird auf weitere 2 Jahre für den Preis von 450 Mk. an die Firma Ring & Co. vermietet. Zur Beschaffung von Tier-Kabatern wird dem Antrag, sich an die große Kaserne in Oppeln anzuschließen zugestimmt. Eine lebhaft debattiert erkrankte sich bei dem Magistrats-Antrage, an der Ecke Haupt- und J.-E. Straße ein Grundstück für 10 Mk. den Quadratmeter zu verkaufen. Einige Stadtv. wünschten einen niedrigen Preis; ihrem Antrage wurde zugestimmt. — Die vorletzte Stadtvorordneten-Versammlung hatte die Hundsteuer für kleine Hunde auf 20 für große auf 30 Mk. festgesetzt. Dem trat der Magistrat jedoch nicht bei, er beantragte jetzt, daß die Jagdhunde und Dobberrnanner in die 20 Mk. Klasse kommen sollen.

**Brieg, 15. Juni.** Die Arbeiter-Kassen unter Schlägen fanden am Sonnabend vor der hiesigen Strafammer ein Nachspiel. Angeklagt war der Stellenbesitzer Josef König aus Briegwitz, Kreis Ohlau, dessen Unterschlagungen als Verdacht der dortigen Spar- und Darlehnskasse f. St. großes Aufsehen erregten. Die Anklage lautete auf Untreue, Betrug, Unterschlagung und Urkundenfälschung. Insgesamt hat König, der natürlich eine hervorragende Stelle vor Thron und Altar ist, in rund 42 Fällen 50 000 Mk. unterschlagen. Mächtig war dies durch ganz raffinierte Fälschungen und durch übergroße Vertrauensseligkeit des Vorstandes der Darlehnskasse. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und 3 Monaten Gefängnis, wovon drei Monate auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurden.

**Wohlau, 12. Juni.** Lebensmüde. Am Mittwoch erhängte sich in dem benachbarten Krumm-Wohlau der Schuhmacher und Obstpächter Gustav Dreißer. Den sonst noch tüchtigen Mann sollen schlechter Geschäftsgang und Familienzwistigkeiten in den Tod getrieben haben.

— Aus der Partei. Die am Sonnabend abgehaltene Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins war leider wegen der zugleich stattfindenden Holzarbeiter-Versammlung sehr schwach besucht. Aber trotz alledem fehlten noch sehr viel andere Genossen. Der Genosse Donsky-Breslau hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über Australien, dem die Anwesenden sehr aufmerksam zuhörten.

**Görlitz, 15. Juni.** Abgeklagt. Der Sträfling, der in der Nacht zum 11. d. M. durch einen tollkühnen Ausbruch sich die Freiheit verschafft hatte, ist in Görlitz wieder verhaftet worden. Es ist der vier Jahre Zuchthaus verurteilte Schulze bei der aus Wengelsdorf. — In der Nacht darauf ist der Zuchthaus-gefangene Paul Lehmann aus Charlottenburg aus der Krankenabteilung der hiesigen Strafanstalt entwichen. Er hat einen Güterstab durchschlagen, sein Werkzeug zusammengeknallt, und ist auf diese Weise aus dem zweiten Stock der Gefängnis in den Garten und an einer niedrigen Stelle der diesen umgebenden alten Stadtmauer nach dem Volksgarten zu entkommen.

**Hoyerswerda, 15. Juni.** Aus der Partei. Im Wahlkreis Hoyerswerda-Hoyerswerda stieg die Mitgliederzahl um 125, auf 1183; darunter finden sich 181 Frauen. Die Zahl der Leser der Parteipresse ist um 100 gestiegen. In 19 Orten sind 55 sozialdemokratische Gemeindevorstände vorhanden, gegenüber 41 in 14 Orten im Vorjahre. Die Gesamtheit beträgt 5654, die Ausgabe 4100,81 Mk. — Die Kreisversammlung übertrug einstimmig dem Genossen Emil Wirbig, Vorsitzenden des Glaserarbeiterverbandes, die Reichstagskandidatur. Der bisherige Kandidat Genosse Neumann (Groß-Mätschen) legte seine Kandidatur wegen Ueberbürdung mit Vertrauensämtern und aus Gesundheitsrücksichten nieder.

**Neustadt O.S., 14. Juni.** Nehmen ist selbiger, als Geben, diesen Grundsatz versteht, nach der „Neustädter Zeitung“, besonders die sich stets als „arbeiterfreundlich“ rühmende rote Partei in die Tat umzusetzen, wofür aus Oppeln ein recht drastisches Beispiel vorliegt. Ein katholischer Arbeiter war schon über sieben Jahre Mitglied der roten Partei und hatte bereits 850 Mark an Beiträgen bezahlt. Nun wurde der Mann krank und infolge dessen war er ein halbes Jahr arbeitslos, sodass sich die Not bei ihm einstellte. Erst auf wiederholtes Bitten der Frau des Erkrankten ließ sich die Ortsgruppe jener Partei herbei, ein einmaliges Krankenunterstützungsgeld von 7,50 Mark zu zahlen, als einzige Leistung. Eine Woche später starb ein Kind des kranken Mannes, weshalb sich dessen Frau an den Parteivorstand wandte und nun den Empfang der ihr laut Statut zustehenden 25 Mk. Unterstützung bat. Nachdem wurde die demittelierte Frau abgewiesen; des anderen Tages aber erschien bei ihr der Parteiführer, um 6 Mark rückständige Mitgliederbeiträge einzufordern. Sollte der Arbeiter dem katholischen Arbeiterverein angehört, dann würde ihm die Zahlung so ungenügend hoher Beiträge erspart geblieben sein, dagegen hätte er während der Krankheitszeit annehmbare Unterstützungen ohne alle Umstände beziehen können.

Gelogen wie gedruckt, kann man auch hier wieder behaupten, denn in Oppeln hat die „rote Partei“ erst seit etwa sieben oder acht Jahren festen Fuß gefasst. Aber gesetzt den Fall, der Mann hätte vorher an einem anderen Orte gewohnt und hätte Beiträge an die „rote Partei“ geleistet, so stimmt die Rechnung mit den geleisteten Beiträgen von 850 Mark erst recht nicht. Der höchste Jahresbeitrag beträgt im Reich für das einzelne Mitglied pro Monat 10 Pf. gleich 1,20 Mark pro Jahr. Nach Adam Niese macht das in sieben Jahren nicht 850, sondern 71,60 Mark aus. Da auch hier mit Rücksicht der Name des von der „roten Partei“ so erbärmlich schlecht behandelten Arbeiters weggelassen ist, um Nachforschungen zu vermeiden, und uns auch auf Anfrage in Oppeln mitgeteilt wird, daß man dort nichts davon weiß, so ist die ganze Geschichte eine dazu erfinden, um für die katholischen Arbeitervereine Mitleide zu machen. Die Arbeiter befolgen hier genau das gleiche Verfahren wie bei den Wallfahrten mit ihren Erbschaften bei den Wunderheilungen, die Namen der Besessenen werden einfach verschwiegen und die guten Schätze der katholischen Kirche geloben es.

**Neustadt O.S., 15. Juni.** Diebstähle. In der Nacht zum Mittwoch haben Spitzbuben in verschiedenen Geschäften der unteren Marktstraße einen größeren Diebstahl unternommen. Zunächst brangen sie von hinten über den Mählgarten in den Garten des Vorstehers Feinisch und stahlen einige auf der Straße liegende Wäschebündel. Doch war der Diebstahl gering. In dem Geschäft der Witwe Kreßhimer erbeuteten sie nur zwei der Schuhmacherfrau Beumel gehörige Schürzen. Welt ergiebiger war der Raubzug in dem Geschäft des Kaufmanns Lorenz. Dort lag auf der Straße sehr viel Wäsche, die sie mitgehen ließen. Auch aus der Sommerlaube wurden verschiedene Werkzeuge gestohlen. Die Diebe scheinen es hier sehr eilig gehabt zu haben, denn sie verloren bei dem Abgang über den Mählgarten eine Schürze. Auch liegen sie das Brett, das sie über den Graben gelegt hatten, im Stich. Von den Tätern konnte bis jetzt noch keine Spur gefunden werden.

— Ein schwerer Unfall ereignete sich dieser Tage auf der Fischstraße. Das 4 Jahre alte Mädchen des Gärtnereibesizers Sumel stand an der Ecke der Bergstraße als auf der Straße ein Radfahrer angefahren kam. Kurz zuvor er die Bergstraße kreuzte gab er das vorchriftsmäßige Zeichen. In dem Moment als er an dieser Straße vorbeifuhr, wollte der Kleine über die Straße nach der östlichen Wohnung laufen, und ließ so dem Radfahrer direkt ins Rad. Beide kamen zu Fall. Das Kind erlitt einen komplizierten Beinbruch, während sich der Radfahrer an den Knochen schwere Verletzungen zuzog.

Es wird aber einem Antrag der Vorberatungskommission, jeden Hund ob groß oder klein mit 25 Mk. zu besteuern, zugestimmt. Also nicht einmal die Hunde werden in Massen eingekauft.

**Oppeln, 15. Juni.** Eine wahre Selbstmord-epidemie ist hier zu verzeichnen. Nachdem erst in der letzten Woche mehrere Fälle gemeldet wurden, wird die Selbstmörderliste jetzt wieder noch verlängert. Der Schiffsmaschinenbauern Johann hat dadurch Selbstmord verübt, daß er sich an der Türklute seiner Wohnung erhängte. Er hinterließ seiner Frau sieben Kinder. Der Grund für seine Tat ist unbekannt. — Als Leiche aus dem Mählgarten gezogen wurde ein aus Breslau stammender junger Mann, der von seinen noch in Breslau lebenden Eltern schon seit einigen Tagen vermisst wurde und sich aus Liebeskummer in selbstmörderischer Absicht in den Mählgarten gestürzt hatte.

**Königsbrunn, 15. Juni.** Gefahren der Arbeit. Auf dem Krugschacht der Königsgrube wurden die Häuser Zufalla und Chmiel unter einer plötzlich sich lösenden Kohlenwand begraben. Zufalle war sofort tot, während Chmiel mit schweren Kopfverletzungen geborgen werden konnte. Beide Verunglückte waren verheiratet und Familienväter.

**Königsbrunn, 15. Juni.** Brutales Sittlichkeitsverbrechen. Der Schlosser Josef Wasser von der Gindstraße 8 von hier hat an einem neunjährigen Schulmädchen ein unheimliches Sittlichkeitsverbrechen begangen. Das Kind ist bedenklich erkrankt. Der Unmenschen wurde festgenommen.

**Bismarckhütte, 15. Juni.** Schwere Spreng- und glück. Beim Sprengen von Schmelzrücken auf der Bismarckhütte sind von dem herumgeschleuderten Schmelzrücken der Schlosser Schwietalla und der Arbeiter Mengler getroffen worden. Ersterem wurde die Schädeldecke zertrümmert. Er ist bald darauf gestorben. Mengler ist weniger schwer verletzt worden und hat Aufnahme im Pöten-lazarett gefunden.

**Bismarckhütte, 15. Juni.** Uebermut tut selten gut. Am Mittwochabend trieb während der Fahrt des Personenzuges auf der Strecke Rattowitz-Bismarckhütte ein Besondere der vierten Klasse Alexei Morozia. Er setzte sich auch auf das offene Fenster seines Abteils und ritt auf demselben. Blötzlich stürzte er so unglücklich ab, daß er auf der Strecke

hinter der Altpapiergrube tot liegen blieb. Die Leiche des Verunglückten, dessen Personalien noch nicht festgestellt sind, da er nur eine Fahrkarte Rattowitz-Saganin bei sich hatte, wurde in das Rattowitz Krankenhaus geschafft.

**Mollath, 15. Juni.** Vom Auto überfahren und getötet wurde hier das vierjährige Mädchen des Grubenarbeiters Wolda. Der ältere Bruder vermochte noch rechtzeitig auszuweichen, sonst wäre er ebenfalls unter die Räder gekommen. Derzeit verweilt er im Krankenhaus, wie die von dem glücklichen Unfall betroffene Mutter ihr totes Kind immer wieder an das Herz drückte.

**Bromberg, 14. Juni.** Den Frommen müssen alle Dinge zum Besten dienen. Der „Diener des Volkes“ bringt einen wohlmeinenden Artikel, daß nicht alle polnisch-katholischen Gläubigen am Fronleichnamsfeste die Arbeit ruhen lassen. So hätten in einem Geschäft nur die deutsch-katholischen geleitet, während die polnischen Arbeiter gearbeitet haben. Traurig wäre aber die Tatsache, daß gewisse polnische Unternehmer ihr katholisches Personal nicht einmal während der Prozession von der Arbeit vertrieben.

Man sieht also auch hier, daß der Profit die Hauptsache ist. Um die polnischen Geschäftskreise für die Zukunft christlicher zu stimmen, schwört der „Diener“ ein bischen den roten Lippen und sagt: „Diese Leute können dann, daß die jungen Leute sich so wenig aus der Kirche machen und daß sich der Sozialismus ausbreitet.“

Ja, diese Frommen, wenn nicht mehr zieht, so verlassen sie aus den einfältigen Gedanken, mit der Sozialdemokratie zu drohen. Ob sie meinen, damit den Kredit der Kirche zu erhöhen? Jedenfalls hindert die Sozialdemokratie keinen Menschen, sich an der Prozession zu beteiligen. Es sind eben ökonomische Ursachen, die selbst fromme Leute von solchen kirchlichen Demonstrationen zurückhalten.

**Bromberg, 14. Juni.** Kinder ausflüge und Spiele arrangieren die organisierten Frauen für die Kinder der organisierten Arbeiterschaft während der Ferien. Die Gewerkschaftsvorstände erkräftigt dies in ihren Versammlungen beifügung zu wollen.

— Eine Mitgliederversammlung der Partei findet am Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Kasino“ statt. Es wird der Bericht vom Provinz-Parteitag gegeben, der äußerst wichtige Beschlüsse gefaßt hat.

**Wielka a. Rega, 15. Juni.** Einen Rückgang der polnischen Genossen bei der hiesigen polnischen Volkstanz verzeichnet der Bericht. Die Bilanz schließt mit 142 745 Mark ab. Wer die Unterdrückungsmaßnahmen kennt, die in unser Provinz gegen die polnische Volkstanz geübt werden, wird den Rückgang verständlich finden. Die ganze Laufbahn in polnischen Vereinen wird aber den arbeitenden Massen wenig nützen. Erst wenn sie erkennen, daß sie gemeinsam mit dem gesamten arbeitenden Volke, in der sozialdemokratischen Partei kämpfen müssen, werden sie ihre Staatsbürgerrechte erobern.

**Strelnow, 15. Juni.** Schreckstat eines Irren. In der Nähe von hier hat ein Irrenhinter ein entsetzliches Verbrechen begangen. Dort wurde ein laubhühnerrecht des Duschmiedes Hubert auf dem Weide beim Kaktusfesthaken von einem Irrenhinter namens Krüger überfallen. Der Irrenhinter ist ein ehemaliger Heizer einer Ziegelei, der infolge der Arbeit am Ofen geistesgestört wurde, aber als gutmütiger Geisteskranker galt. Er bezog eine kleine Hütte und trieb sich in der Gegend umher. Der Irrenhinter schloß dem Krüger den Weg auf. Der Schwerverletzte ist seinen Verletzungen erlegen. Inzwischen ist es einem Polizeibeamten aus Strelnow gelungen, den Mörder zu verhaften.

## Frauenbewegung.

**Nachmittag für Arbeiterinnen in Columbia.** Für den Distrikt Columbia (Vereinigte Staaten von Amerika) wurde durch Bundesgesetz vom 24. Februar ds. J. der Nachmittag und die Abendspazierstundenwoche für Arbeiterinnen aller Kategorien vorgeschrieben. Dieser Maximalarbeitszeit gilt nicht nur für die Industrie, sondern für alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmungen, Wäschereien, Postbetriebe, Post-, Telephon-, Telegraphen- und Transportunternehmungen. Für alle diese Betriebe besteht striktes Verbot der Nachtarbeit (6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens) für Frauen unter 18 Jahren. Die Unternehmer haben für alle Arbeiterinnen Register mit Angabe der täglichen Arbeitszeit und des gezahlten Lohnes zu führen. Zur Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen sollen drei Inspektoren, davon zwei weibliche, angestellt werden, denen das Gesetz den Unternehmern gegenüber weitgehende Befugnisse einräumt. Uebertretungen des Gesetzes werden mit Geldbußen bestraft, die in Wiederholungsfällen rasch ansteigen.

## Sport- und Körperpflege.

### Fußballsport und Arbeiterkraft.

Der Fußballsport hat im Laufe seines zwei Jahrzehnte langen Bestehens eine ungeahnte Verbreitung gefunden. Die bürgerliche Fußballspieler-Organisation, der Deutsche Fußballbund, der selbstverständlich mit Haut und Haaren dem Jungdeutschenbund verschrieben ist, zählte im Jahre 1904 etwa 194 Vereine mit 9317 Mitgliedern. 1909 bestanden und gehörten dem Bunde schon 881 Vereine mit 58.770 Mitgliedern an. Gegenwärtig sind dem Deutschen Fußballbund über 2000 Vereine mit 185.507 Mitgliedern angeschlossen, jedoch sich derselbe bald mit den größten der Arbeiter-Sport-Organisationen messen kann.

Den überwiegenden Teil der Fußballfreunde stellt die Arbeiter-Sport-Schicht und ihre Jugend. Wir greifen nicht zu hoch, wenn wir konstatieren, daß 80 Prozent der Mitglieder Arbeiterkinder entstammen. Ein Zeichen dafür, wie groß die Beliebtheit dieses Sportes ist — das man ohne Umschweife als ein Volksspiel bezeichnen kann — gerade in Arbeiterkreisen und unter den Arbeiterjugend erweist.

Die bedauerliche Tatsache, die zu konstatieren ist, ist nur die, daß die Arbeiterjugend, die organisierte Arbeiterkraft, das größte Kontingent der im Deutschen Fußballbund organisierten Fußballspieler stellt. Unverständlich, daß organisierte Arbeiter arbeitserföndlichen Bestrebungen, wie sie in diesem angeblich „unpolitischen, neutralen“ Fußballbund gebildet werden, Geschmach abgetrieben werden und unterstützen.

Der Deutsche Fußballbund unterstützt die arbeitserföndlichen Tendenzen des Jungdeutschen Bundes, seine gegen die Interessen der Arbeiter-Sport-Schicht berechnete Einwirkung auf die Arbeiterjugend. Das Fußballspiel ist im Reiche des Imperialismus Jüges mit Hilfe des Deutschen Fußballbundes dem Militarismus dienstbar gemacht, denn: Es gibt kein besseres Kampfsport für die Erziehung unserer heranwachsenden männlichen Jugend und für die Übung aller militärischen Tugenden als dem Eintritt zum aktiven Dienst, wie auch im Heere, als das Fußballspiel. ... Das zeigt dem Manne die Notwendigkeit des Unterordnens.

Sport in diese Bahnen gelenkt, hat aufgehört, ein Mittel zur kulturellen Erziehung des Volkes und der Volksgesundheit zu sein! Das sollen aber auch die großen Kreise der Arbeiter-Sportler im Deutschen Fußballbund erkennen lernen, die unter faßenscheinigen Gründen ihren Ausritt aus solchen „neutralen“ Sportorganisationen nicht zu vollziehen wagen. Die Arbeiter-Sportorganisationen pflegen das Fußballspiel in gleicher Weise, deshalb sollen Arbeiterkinder und organisierte Arbeiter dem bürgerlichen, arbeitserföndlichen Deutschen Fußballbund nicht angehören.







Der Militärkommandant unter dem Range der Inf. Am 27. Juni kommt vor dem Reichsgericht die Revision der Verurteilung des Reichsgerichts gegen das Frankfurter Urteil zur Verhandlung, am 29. soll vor der Berliner Strafkammer der Prozess gegen die Kritik der Soldatenmißhandlungen stattfinden und am 4. Juli wird die Kaiserliche Strafkammer gegen Genossen Karasi wegen eines Artikels über Zaren verhandeln.

Preussisch-deutsche Polizeimitteilung. Die Düsseldorf'sche Polizei hat im Januar d. J. den Genossen Perold, Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgeschäfte, aus Preußen ausgewiesen, weil er öfterreichlich Abkammerung ist und sich während eines Streiks in den dortigen Rheinländerwerken „lässig“ gemacht haben soll. Perold, der Familienvater ist, wandte sich darauf nach Hamburg, wo er Stellung fand. Aber schon nach kurzer Zeit erließ ihm auch hier der Ausweisungsbefehl, obwohl er sich in Rücksicht auf seine Familie jeder autoritativen Tätigkeit für die Polizei oder Gewerkschaft enthalten hatte. Die Hamburger Polizei gab als Grund für die Mißtraue an, daß P. in Preußen ungewissen sei. Die einzige Mißtraue, die sie walten ließ, war eine Verlängerung der Frist auf drei Monate, nach deren Ablauf Perold das „freie“ Hamburg verlassen muß.

Zum Schacher mit lipplischen Zügen. In einem von der lipplischen Polizeiverwaltung veranlaßten Zeitungsartikel wird der Versuch gemacht, die Annalen über Mißhandlungen zu widerlegen, indem sie sich auf den Hof dieses Kleinstaatcs beziehen. Die Polizeiverwaltung muß aber selber zugeben, daß „Fertümer“ vorzukommen sind. Im übrigen handle es sich bei den veröffentlichten Aufstellungen um „dreifache Schwindler, die Tümele machen“. Die lipplische Hof- und Staatsbehörde habe die Hilfe der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft in Anspruch genommen. Die Verfahren schweben zurzeit noch. Die Mitteilung des Abg. Czibergers (Stimmung von 400 bis 600) für den lipplischen erblichen Adel, habe die Polizeiverwaltung veranlaßt, Czibergers um die Vorlegung seines Materials zu ersuchen.

Eine Erhöhung der Anwaltsgebühren in Sicht. Der deutsche Anwaltsverein hat auf Grund einer Enquete über die Einkommen der Anwälte aus bürgerlichen Reichsmitgliedern dem Reichsgericht den Entwurf einer Gebührenordnung eingereicht. Er enthält die Mindestforderungen der deutschen Anwaltschaft. Die Zaren sind im allgemeinen, wie bürgerliche Mütter zu melden müssen, wenig erhöht worden. Einzeln besonders schwebende Fragestellungen sollen besonders bewertet werden; so soll die Beweisgebühr erhöht und die Erstattungsfrist erweitert werden.

Massenklagen in Bayern. Seitdem der frühere Vorsitzende der bayerischen Genossenschaftlichen Verein Generalstaatsanwalt geworden ist, wird das bayerische Anlagengericht recht flott verfahren. Der „Bayerische Kurier“ demüthigt, der Staatsanwalt erhebt die Anklage. So ist der Majestätsbeleidigungsvorwurf gegen den „Simultismus“ entstanden. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft, nachdem sie durch die Zentrumsverweise aufgemuntert war auch eine, wie es scheint, Massenklage gegen Wälder und Redner erhoben, die sich über die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung durch den Reichsrath geäußert haben. Der Reichsrath überwiegt am Freitag den Antrag auf Strafverfolgung von Reichsrathsmitgliedern dem Ausschuss zur Vorbereitung, ohne daß man erhofft, wer alles unter Anklage gestellt werden soll.

Militärboykott in Baden. In Karlsruhe wurde über einen Wirt der Militärboykott verhängt, weil in einem Nebenzimmer seines Lokals der Zentralverband der Handlungsgeschäfte seinen Vereinssitzungen abhielt. Der preussische Militarismus geht in Baden mit dem Militärboykott ganz rücksichtslos vor.

Ausreise der „Karlsruhe“ in die mexikanischen Gewässer. Der neueste Turbinenkreuzer der deutschen Flotte, „Karlsruhe“, hat gestern von Kiel die Ausreise nach Ostamerika angetreten, um den weiteren Schutzensdienst in den mexikanischen Gewässern zu übernehmen.

## Ausland.

### Das neue Kabinett Viviani.

Präsident Loincare hatte eine längere Besprechung mit den Präsidenten der Kammer und des Senats, Dechanel und Dubois, von denen er sich die Gründe des Ministersturzes auseinandersetzen ließ. Beide Herren bezeichneten als die geeignetste Persönlichkeit zur Neubildung des Kabinetts Ferns Viviani. Viviani wurde dieser um 11 Uhr ins Elisee beufen. Als er es wieder verließ, erklärte er, er sei vom Präsidenten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden und habe diesen Auftrag angenommen. Das Kabinett Viviani ist noch am selben Tage endgültig konstituiert. Der neue Ministerpräsident hat sich ins Elisee begeben, um dem Präsidenten der Republik die Liste seiner Mitarbeiter vorzulegen. Diese lautet: Präsidium und Vizepräsident: Viviani, Justiz: Sienon Martin, Inneres: Malvy, Krieg: Messimy, Marine: Gauthier, Finanzen: Rouleux, Unterricht: Lugagneur, Öffentliche Arbeiten: Rene Renault, Verkehr: David, Handel: Thompson, Kolonien: Renaud, Arbeit und Fürsorge: Duleux; Unterstaatssekretär des Inneren: Jacier, Unterstaatssekretär der schönen Künste: Dalimier, Unterstaatssekretär des Krieges: Lauraine.

Der Unterstaatssekretär des Inneren ist noch nicht bestimmt, wahrscheinlich wird jedoch Abel Ferry dazu ernannt werden.

Montag früh wird ein Kabinettsrat und Dienstag früh ein Ministerrat abgehalten werden. Das neue Ministerium wird sich wahrscheinlich am Dienstag der Kammer vorstellen.

Viviani hat Emile Combes eine Portfeuille angeboten, doch hat dieser abgelehnt, weil er mit Viviani in der militärischen Frage nicht übereinstimmt, sondern treu an seiner Forderung nach einer Verkürzung der Dienstzeit festhält.

Von den 12 Mitgliedern des neuen Kabinetts Viviani haben fünf als Abgeordnete gegen die dreijährige Dienstzeit gestimmt. Außerdem hat der jetzige Kriegsminister seinerzeit einen Abwägungsvorschlag angetragen, aber dann, nachdem dieser abgelehnt war, für das dreijährige Dienstjahr gestimmt. Das neue Kabinett will zur Frage der dreijährigen Dienstzeit in seiner Amtserklärung folgenden Satz sagen: Man wird an die Verringerung der Militärlasten denken können, sobald die allgemeinen Interessen der Landesverteidigung dies gestatten, doch unter keinen Umständen früher, als bis sich die von der Regierung in die Wege zu leitenden Einzelreformen wieder eingelebt haben.

### Wenn der Zar reist!

Der bevorstehende Besuch der Zarenfamilie hat das äußere Gepräge der rumänischen Stadt Konstantza vollständig verändert. An der Ausschmückung der Straßen nimmt die Bürgerschaft weniger Anteil, doch sehen die Behörden alles in Bewegung, um der Stadt ein festliches Aussehen zu geben. Die Ausschmückung der Privathäuser läßt viel zu wünschen übrig. Russische Fahnen sind fast nirgends an Privatgebäuden zu sehen. Die von der Polizei getroffenen Sicherheitsmaßnahmen sind für die Bewohner von Konstantza äußerst unangenehm. Ein ganzes Heer von russischen und rumänischen Polizisten und Sicherheitsagenten ist aufgestellt, um die Sicherheit der Zarenfamilie zu gewährleisten. Für die Dauer des Aufenthalts der Zarenfamilie werden von der Polizei in Bezug auf das Verweilen der Bevölkerung auf der Straße strenge Verfügungen erlassen. Danach ist der Aufenthalt auf den Straßen, die die Zarenfamilie passiert, verboten, ebenso das Betreten von Balkons oder Verweilen am Fenster in der Zeit, in welcher die Zarenfamilie durch die betreffenden Straßen

fährt. Der Chef der rumänischen politischen Polizei in Konstantza eintrifft, um persönlich Sicherheitsmaßnahmen anzuordnen. Die Stadt hat das Aussehen eines Militär- und Polizeilagers. Es sind in Konstantza konzentriert: 4 Infanterieregimenter, 2 Kavallerieregimenter, 2 Regimenter Artillerie, 1 Regiment schwere und 1 Regiment leichte Panzereinheiten, 1 Garde-Kavallerieregiment, 1 Regiment Grenzkavallerie, 100 Mann Gendarmen und 1000 Mann Polizisten in Zivil und Uniform.

In Buzarest und in allen Städten Rumäniens fanden große Kundgebungen der sozialdemokratischen Parteien gegen den Besuch des Zaren in Rumänien statt. Die Polizei hat überall umfassende Maßnahmen getroffen, um die Ruhe und Ordnung wach zu erhalten.

### Gefängnisgrenz und sein Ende.

Unter den zahlreichen Mitteilungen über die fortgesetzten Grenz in den russischen Gefängnissen regt folgende launische Zeitungsmeldung aus den letzten Tagen an:

Wlawa, 3. Juni. Im Katergag-Konkurs haben 150 politische Gefangene den Antrag gestellt. Sie fordern die Entfernung zweier Aufseher, die die Gefangenen gewürgelt und gefoltert haben. Der Gehilfe des Staatsanwalts lehnte diese Forderung kategorisch ab, indem er die Mißhandlungen der Gefangenen überhaupt bestritt.

Ueber den Ausgang des verhängten Todesurteils der Gefangenen in Wlawa berichtet folgendes Telegramm vom 7. dieses Monats:

Der lebenslange Summstrich der politischen Gefangenen im Katergag-Konkurs hat aufgehört. Welter hat einer der Gefangenen sich mit Hilfe seiner eisernen Ketten erhängt. Ein anderer hat einen Selbstmordversuch unternommen.

Einer erhängt, ein anderer aus der tödlichen Schlinge gezogen — das ist alles, was wir zurzeit über die neue blutige Tragödie im Kerker zu Wlawa erfahren haben. 150 Gefangene haben sieben Tage lang gebungelt, um den Mißhandlungen im Kerker ein Ende zu setzen. Drei von ihnen haben zu noch stärkeren Mitteln gegriffen, um gegen die behaltliche Behandlung zu protestieren und durch freiwilligen Tod aus dieser Sölle zu scheiden. Man vergesse nicht, daß diese Vorgänge sich in dem Kerker abspielten, wo politische Gefangene Wochen und Monate lang in eisernen Ketten gehalten werden, wo sie kaum aufrecht stehen können. Man vergesse nicht, daß in diesem Kerker 1911 Massenmordopfer der politischen Gefangenen vorgenommen wurden, daß nach offiziellen Statistiken in diesem Kerker Tausende von Anmenschlügen im Jahr an politische Gefangene verurteilt wurden. Allerdings, der Gehilfe des Staatsanwalts bestritt die Existenz dieser Mißhandlungen. Er wagt sie zu bestritten, obwohl 150 Gefangene sich bereit erklärten, ihr Leben und ihre Gesundheit zu opfern, um gegen diese Mißhandlungen anzukämpfen. Der russische Vertreter der russischen Botschaft in Wlawa wagt es zu bestritten, was jedem Sinne in Rußland bekannt ist, was landesbekannt aus all den Stufen und Kerker und Kerker und Kerker. Der kleine Zarap in Wlawa wagt es zu bestritten, was in einem offiziellen Dokument des Ministers des Inneren Malatow noch in diesen Tagen ungewöhnlich zugewandt wurde. Im Anschluß an eine von 63 Dummbegegnungen eingetragte Vorlage über die Mißhandlungen von Wlawa erklärte der russische Vertreter der russischen Botschaft in Wlawa, daß diese die einzigen Strafmittel gegenüber Leuten sind, die sich Strafen moralischen Charakters gegenüber unempfindlich erweisen, und daß diese Strafmittel besonders notwendig sind bei der Unterdrückung von Unruhen in den Katergag-Gefängnissen.“

Deutscher und offener kann nicht bestritten werden, was bisher sorgfältig vor der Öffentlichkeit gehalten, was sonst immer eifrig von den Agenten der Regierung kementiert worden ist. Die Strafe muß den politischen Gefangenen erhalten bleiben! Die Strafe ist das einzige Strafmittel, das ihnen gegenüber als wirksam erscheint — das ist der Kern der Ausführungen des Ministers, der für die Verhinderung der Katergagen in den Gefängnissen eintritt. Die neue blutige Tragödie in Wlawa zeigt wie so viele andere, die bereits an uns vorüber gegangen sind, eine Illustration zu diesem Regierungsprinzip des Ministers, der die Mißhandlung und Körperliche Züchtigung der politischen Gefangenen zu einem der wichtigsten Bestandteile des Programms der russischen Regierung erhebt.

Religiöser Fanatismus in Rußland. Der religiöse Zerleher und Charlatan Grigori Rasputin ist aus Jalta hierher zurückgekehrt. Seine Wohnung bildet für das unaufgeklärte Publikum förmlich einen Wallfahrtsort. Die Menschen wollen den „Heiligen“ sehen und seinen Ratschlag hören. Selbst in den Kreisen der Gebildeten und der Wissenschaftler verehrt man Rasputin als einen Heiligen und Wunderkater. (1) Dieser Tage besuchte er den kranken Gehilfen des Oberprokureurs der heiligen Synode P. Damanski.

Die Auswanderung der Deutschen aus Südrußland. Die Auswanderungsbewegung unter den deutschen Ansiedlern Südrußlands nimmt einen immer größeren Umfang an. Aus dem Gouvernement Wolhynien hat sich die Bewegung auf andere Gouvernements ausgebreitet. Die Ansiedler erklären, die Lebensbedingungen in Rußland hätten sich verschlechtert und sie hoffen in Deutschland für sich Grund und Boden auf den von den Polen entäußerten Ländereien zu finden. Die Regierung legt der Auswanderung keine Hindernisse in den Weg.

Rußland und die dreijährige Dienstzeit in Frankreich. Der „Petersburger Kurier“ meldet: Nach dem Einlaufen der Nachrichten vom Sturz Ribots eilte Generalsstabchef Michnewitsch zum Ministerpräsidenten, um dessen Ansicht zu erfahren. Gornikow wie Suchomlinow waren überzeugt, daß Rußland auf Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit bestehen müsse. Jetzt wurde vom Kabinett beschlossen, Rasputin zu beauftragen, die französische Regierung daran zu erinnern, daß Rußland von Frankreich die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung, die dreijährige Dienstzeit einzuführen, erwarte.

Verhaftung eines Deutschen in Frankreich. In Douai ist ein deutscher Untertan wegen Vergehens gegen das Fremdenengesetz verhaftet worden. Diese Festnahme hat einiges Aufsehen erregt, da es dem Betroffenen gelungen war, als Teilnehmer von der Direktion des Pionierwesens angestellt zu werden. Der Deutsche, dessen Namen nicht genannt wird, befand sich bereits seit einigen Monaten auf diesem Posten.

Die Auflösung der serbischen Stupschina. Wie in parlamentarischen Kreisen verläutet, wird die Auflösung der Stupschina am 15. oder 22. dieses Monats erfolgen. Die Neuwahlen sollten am 19. resp. 20. Juli a. St. stattfinden. Wie der Ministerpräsident in der heutigen Sitzung der Stupschina erklärte, ist die Frage der Einberufung der großen Nationalversammlung nicht mehr aktuell.

Gastentlassung des Bürgermeisters von Durazzo. Auf Veranlassung der russischen Mitglieder der Kontrollkommission ist der verhaftete Bürgermeister von Durazzo aus der Haft entlassen worden. Die Untersuchung gegen ihn wird jedoch fortgesetzt. Die Umständen können höchstens 6000 Mann stark sein. Ob-

wohl dem Morden 10 000 Mann zur Verfügung stehen, wünscht er dennoch eine friedliche Lösung des Konflikts.

## Gewerkschaftliches.

### Wer zahlt die Kosten für die Streikvollei.

Ein interessantes Beispiel zum Gelebe der Arbeiterbewegung liefert das Werk. Aus Anlaß des im vorigen Frühjahr in Grefeld ausgebrochenen Arbeiterstreiks von die Grefelder Stadtverwaltung aus dem ungeliebten Lohn eine Anzahl Polizeibeamte zur Verstärkung der Grefelder Polizei heranzuziehen. Neben und Charakter der Arbeiter sollte, wie es so schön hieß, geschützt werden. Das heißt war die Veranlassung polizeilicher Maßnahmen gegen die Streikenden völlig ungerechtfertigt, denn abgesehen von einigen ganz untergeordneten kleinen Unfällen zwischen Streikenden und Nichtstreikenden geschah nichts, wodurch Leben und Eigentum der Bürger hätte bedroht werden können. Die herangezogenen auswärtigen Polizeibeamten blieben demnach auch mehr dem Schutze der Arbeiterbesten gegen die von Grefeld und anderen Orten importierten Streikverbreiter. Diese Arbeiter hielten in damals in den Grefelder wie die Banden, so daß sich die strengen Unternehmern oft selbst ihres Lebens nicht mehr sicher füllten.

Die Einquartierung der auswärtigen Polizei in den Grefelder geschah nach Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung und Unternehmern. Dabei war vereinbart worden, daß Wohnung und Verpflegung zu Lasten der Arbeiterbesten gehen sollte. Auch die Firma Jofes Parnes und Co. hatte sich bereit erklärt, acht bis zehn Mann und zwei Pferde in ihrem Betriebe unterzubringen. Die Abmachungen scheinen aber nicht durchgeführt worden zu sein. Während sich die Arbeiter Anlaß der Grefelder Arbeiter mit der Stadtverwaltung abhandeln und die Kosten übernehmen, beauftragte die genannte Firma dies. Sie strengte einen Prozeß gegen die Stadt Grefeld an und verlangte, daß ihr die erarbeiteten Kosten für die Verpflegung der Polizeibeamten in Höhe von 1129,97 Mark mehr die Prozent Zinsen vom 20. Mai 1913 zurückverlangt werden sollten. Durch Urteil des Landgerichts Grefeld vom 20. Mai 1914 ist diesem Verlangen der Firma Rechnung getragen und die Stadt antragsgemäß zur Verurteilung verurteilt worden. Die Firma behauptet, daß sie die Verpflichtung eingegangen sei, die Kosten für Wohnung und Verpflegung der überwiesenen Polizei zu tragen, und das Gegenteil konnte ihr bei der Verhandlung auch nicht nachgewiesen werden. Die Firma machte geltend, daß sie die politische Einquartierung nur im Auftrage der Stadtverwaltung übernommen habe, und verlangte, daß ihr die von ihr in Ausführung dieses Auftrages gemachten Aufwendungen selbstverständlich ersetzt werden müßten. Die Stadtverwaltung ist also mit ihrer Forderung für die Arbeiterbesten abgelehnt worden. Formschicklich werden jetzt noch mehrere Forderungen an die Stadt herangetreten und ebenfalls die nicht ganz geringen Summen für Verpflegung der Polizei zurückverlangt. Schadenfrohe Gemüter admetten ja den Meißel.

Drohender Streik in der Kaynauer Papierfabrik. Wegen fortgesetzter Lohnkämpfe und Wahrungsmitteln beschließen am Freitag in geheimer Abstimmung die Arbeiter geheimer Fabrik, die Kündigung einzuziehen. Gelingt bis zum Ablauf der Kündigung eine Verständigung nicht, so wird die Kündigungsfrist am 27. Juni den Betrieb verlassen. Es besteht in die Richtung, daß es noch zu einer Verständigung der Differenzen kommt. Neben dem Fabrikarbeiterverband und den Maschinen- und Holzern sind auch die Metallarbeiter und Transportarbeiter, sowie die verschiedenen Tisch-Dumfischen Gewerkschaftsgruppen am Kampf beteiligt. Zukun nach der Kaynauer Papierfabrik ist fern zu halten.

### Deutsches Reich und Ausland.

Gelbe Niederlage. Die Arbeiter-Auswahl in den städtischen Gewerken in Charlottenburg brachte nach einem mit heftigster Heftigkeit geführten Wahlkampf den Gelben eine vollständige Niederlage. Bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent erhielten die Kandidaten des Gemeindefabrikantenverbandes 881 Stimmen, der schwarz-blau-gelbe Reichsamt 184 Stimmen. Der Arbeiter-Auswahl befindet sich jetzt vollständig in den Händen der organisierten Arbeiter. Die Gelben verloren seit Dezember ca. 100 Stimmen. Das Resultat ist um so erfreulicher, als gewisse Stellen der Verwaltung mit aller Energie für die Dreifarbenliste eintreten.

Der Verband der Kraftstoffbesitzer Berlins beauftragte sich mit dem vom Einigungsamt und einer Tarifkommission festgesetzten Lohnsatz. Die Abstimmung hierüber hatte durch Zettelhaltung entschieden. Gestimmt haben 296 Arbeiter. Davon hatten 30 Unternehmer, die 118 Fahrer beschäftigen, für Annahme des Tarifses gestimmt, während 266 Unternehmer, die über 1400 Fahrer beschäftigen, den Tarif und damit auch den gestellten Schiedsspruch ablehnten.

Es ist also damit zu rechnen, daß der Lohnkampf Anfang der nächsten Woche wieder in voller Schärfe einsetzt wird.

Streik der Berliner Goldbildhauer. In einer stark besuchten Versammlung am Freitagabend haben die Bildhauer die Arbeitsniederlegung beschlossen, nachdem die Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation ergebnislos verlaufen waren. Die Bildhauer verlangen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich und 6 Prozent Lohnerhöhung. Die Goldindustriellen, bei denen die Hälfte der Berliner Goldbildhauer beschäftigt ist und denen sich die sonstigen Unternehmer angeschlossen haben, lehnten eine Verkürzung der Arbeitszeit ab, die für die übrigen Goldarbeiter übliche Arbeitszeit hinaus grundsätzlich ab. Die Arbeitsniederlegung erfolgte am Freitagabend. In Frage kommen rund 700 Gehilfen, von denen annähernd 100 in Geschäften arbeiten, die inzwischen die Forderungen bewilligten.

Bauarbeiterausperrung in Celle. Die Unternehmer haben sämtliche Bauarbeiter entlassen. Bei den Vorverhandlungen zum Tarifabschluss haben die Celler Unternehmer in den örtlichen Verhandlungen ihre Zusage in fast bestimmter Form gegeben, daß im neuen Vertrage eine wöchentliche Arbeitszeit von 59 Stunden festgelegt werden sollte. Bei den allgemeinen Verhandlungen wurde dieses Abkommen nicht berücksichtigt. Auf Veranlassung des Nordwestdeutschen Arbeiterbundes, Sitz Hannover, wurde an allen Arbeitsplätzen in Celle eine Demonstration angeleitet, wonach sich jeder als entlassen zu betrachten habe, der am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend machte als nach dem alten Tarif festgelegt ist. Die Arbeiter aber verließen ihre Arbeitsplätze eine Stunde früher. Die Folge davon war, daß am Montag 200 Bauarbeiter und 40 Zimmerer entlassen wurden.

Der französische Gewerkschaftsbund fordert alle angeschlossenen Organisationen auf, sofort in besonderen Versammlungen zu der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und des freien Sonnabend Nachmittags bis Widerruf des Gesetzes über die dreijährige Dienstpflicht und einer Amnestie für sogenannte gewerkschaftliche und politische Vergehen Stellung zu nehmen, und ihre Stellungnahme der Landeszentrale innerhalb 14 Tagen mitzuteilen. Die Antworten sollen als Sondernummer des Bundesorganes die erste große Kundgebung sein, die gefolgt sein wird von einer allgemeinen Kampagne und weiteren Kundgebungen aller Art, die ihren Höhepunkt am 1. Mai nächsten Jahres erreichen sollen.

Die Lage der Arbeiter im Dreifarbenwerke. Ergebnisse einer statistischen Erhebung vom November 1913. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Goldarbeiter-Verbandes, 48 Seiten. Berlin 1914. Verlagsanstalt des Deutschen Goldarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Preis M. 1.—



